PARITÄT INFORM

Das Nachrichtenmagazin
des Paritätischen Baden-Württemberg



Ungleich leben?
Armut in Baden-Württemberg

Herbst 2026
E 13795 ISSN 2198-9575

DER PARITÄTISCHE
Baden-Württemberg

Armutsmythen

Fakten statt Vorurteile

In Baden-Württemberg gibt es keine / kaum Armut.

Armut ist auch in Baden-Württemberg Realität. Laut Landesmedian gelten rund 15 Prozent der Bevölkerung als armutsgefährdet; unter Berücksichtigung der Wohnkosten liegt der Anteil höher.

Arbeit schützt vor Armut.

Arbeit senkt das Armutsrisiko, schützt aber nicht vollständig. Auch in Baden-Württemberg gelten Erwerbstätige als armutsgefährdet. Besonders betroffen sind Menschen in Teilzeit, Befristung oder anderen atypischen Beschäftigungen.

Wer auf der Straße lebt ist selbst schuld.

Wohnungslosigkeit entsteht häufig durch Jobverlust, Krankheit, Trennung oder fehlenden bezahlbaren Wohnraum.
Sie ist meist Folge komplexer Lebenslagen, nicht individuellen Versagens.

Altersarmut ist selbst verschuldet.

Frauen sind häufiger von Altersarmut betroffen. Ursachen sind unter anderem geringere Einkommen, Teilzeitbeschäftigung sowie unbezahlte Sorge- und Pflegearbeit und daraus resultierend niedrigere Renten.

Armut betrifft nur bestimmte Gruppen.

Armut kann Menschen in sehr unterschiedlichen Lebenslagen treffen.
Sie betrifft Menschen unabhängig von ihrer Herkunft. Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt kann das Armutsrisiko zusätzlich erhöhen.

Wer arm ist, ist faul.

Armut entsteht meist durch strukturelle Faktoren wie niedrige Löhne, hohe Wohnkosten, Krankheit, Pflegeverantwortung, fehlende Bildungs- und Betreuungsangebote oder Flucht und Migration. Viele Betroffene arbeiten, pflegen Angehörige oder sind Kinder.

Bildung ist der Schlüssel gegen Armut.

Bildung verbessert Chancen und senkt das Armutsrisiko. Gleichzeitig hängen Bildungswege in Baden-Württemberg noch stark von der sozialen Herkunft ab. Bildung allein kann finanzielle Armut nicht ausgleichen.

Armut vererbt sich nicht.

Soziale Aufstiegschancen hängen in Deutschland stark von der Herkunft ab.
Laut OECD kann es bis zu sechs Generationen dauern, bis Nachkommen armer Familien das Durchschnittseinkommen erreichen.

Von staatlicher Unterstützung lässt sich gut leben.

Viele Haushalte mit geringem Einkommen wenden einen großen Teil ihres Budgets für Wohnen auf. Die verfügbaren Mittel reichen oft kaum für gesellschaftliche Teilhabe und unerwartete Ausgaben.

Geld allein macht nicht glücklich.

Geld garantiert kein Glück. Fehlendes Einkommen erhöht jedoch das Risiko für soziale Ausgrenzung, gesundheitliche Belastungen und eingeschränkte Teilhabe.

Mehr Informationen zu Armutsmythen finden Sie auf unserer Website unter paritaet-bw.de/armut-baden-wuerttemberg-zahlen-fakten-und-handlungsbedarf

Ungleich leben? Armut in Baden-Württemberg



© Arne Hartenberg

Liebe Leserinnen und Leser,

Baden-Württemberg gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Europas. Gerade deshalb tragen wir eine besondere Verantwortung für die Menschen, die an diesem Wohlstand nicht teilhaben, die den Anschluss zu verlieren drohen oder ihn längst verloren haben. Denn: Die Stabilität einer Gesellschaft hängt davon ab, ob es gelingt, Armut zu reduzieren und gesellschaftliche Teilhabe zu sichern. Diese PARITÄTINFORM beschäftigt sich mit der Frage nach dem Status Quo, dem was die Menschen im Land wirklich brauchen und welchen Beitrag die Soziale Infrastruktur leisten kann und Politik leisten muss.

Mit dieser Ausgabe der PARITÄTINFORM widmen wir uns deshalb konsequent dem Thema Armut in Baden-Württemberg. Nicht als Einzelaspekt, sondern in seiner ganzen Breite: Wir blicken auf Wohnen und Wohnungslosigkeit, auf Kinder- und Jugendarmut, auf Alleinerziehende, Menschen im Alter und in der Pflege, die Entwicklungen der Schuldnerberatung, Ernährung und Einsamkeit, auf die Verbindung von Armut und Arbeit. Im Interview spricht Oliver Hildenbrand, unser Sozialminister, darüber, was all das für den Zusammenhalt unserer Demokratie bedeutet. Armut durchzieht Lebensbereiche, die auf den ersten Blick wenig miteinander zu tun haben.

Armut ist kein individuelles Versagen, sondern ein strukturelles und gesellschaftliches Phänomen. Wer mit wenig Geld auskommen muss, kämpft oft nicht nur um Miete und Lebensmittel, sondern auch um die eigene Würde, in einem gesellschaftlichen Klima, in dem Sprache zunehmend rauer wird und Stigmatisierung zunimmt. Dem stellen wir uns entgegen. Genau hier setzt die Soziale Arbeit an. Die vielen haupt- und ehrenamtlich engagierten Menschen in unseren mehr als 950 Mitgliedsorganisationen leisten jeden Tag das, was Statistiken nicht abbilden können: Sie hören zu, sie begleiten, sie eröffnen Wege aus der Isolation. Ihre Arbeit ist damit weit mehr als soziale Dienstleistung – sie ist tragende Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Ursachen von Armut können wir als Verband nicht allein beseitigen, dafür braucht es politische Lösungen und eine starke Verantwortungsgemeinschaft aus Land, kommunaler Familie und freier Wohlfahrtspflege. Ihre Folgen auf individueller Ebene aber können wir abmildern, Orientierung geben und Chancen eröffnen.

Wir gestalten Gesellschaft. Gemeinsam. Das ist unser Anspruch als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg – und er gilt gerade jetzt, zu Beginn einer neuen Legislaturperiode, in der sich zeigen wird, welchen Stellenwert Armutsbekämpfung und welche Qualität unser gesellschaftliches Miteinander tatsächlich haben.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre.
Herzlichst Ihr



Ulf Hartmann
Vorstand des Paritätischen Baden-Württemberg

DER PARITÄTISCHE
Baden-Württemberg

IMPRESSUM

PARITÄTINFORM
Das Nachrichtenmagazin des
Paritätischen Baden-Württemberg
ISSN 2198-9575

HERAUSGEBER
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Hauptstraße 28, 70563 Stuttgart
Telefon 0711 2155-0
info@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de

VERANTWORTLICH
Ulf Hartmann, *Vorstand*

REDAKTION
Miriam Kahrmann (Gesamtredaktion)
Sabine Wild (Schwerpunkt)
Florian Dirr, Leoni Wieland
u. v. m.

TITELFOTO
Michael Dester, Ausweg Rhein-Neckar e. V.

GESTALTUNG
lawidesign – lauterbach wieschendorf design

DRUCK
C. Maurer GmbH & Co. KG, Geislingen / Steige

ERSCHEINUNGSWEISE | AUFLAGE
vierteljährlich, 3.500 Exemplare

BEILAGE
Paritätische Akademie Süd

BEZUG
Sie erhalten diese Zeitschrift, weil wir davon ausgehen, dass die Inhalte für Sie von Interesse sind. Sie können der weiteren Zusendung jederzeit widersprechen: info@paritaet-bw.de oder an Der Paritätische Baden-Württemberg, Hauptstraße 28, 70563 Stuttgart.

Über diesen QR-Code können Sie die PARITÄTINFORM kostenfrei beziehen Print oder digital bzw. abbestellen.

Gefördert durch die
GlücksSpirale

FSC www.fsc.org
MIX
Papier | Fördert gute Waldnutzung
FSC® C100493

Im Rahmen der Herstellung dieses Druckproduktes wurde ein finanzieller Beitrag an das Klimaschutzprojekt „Kochöfen, Uganda" zertifiziert nach GoldStandard geleistet. Mehr Informationen finden Sie hier:

www.klima-druck.de/bilanz/?id=26233516



© Gesundheitsministerium Baden-Württemberg | Reiner Pfisterer

8 **Oliver Hildenbrand,** Minister für Soziales, Arbeit und Gesundheit im Interview über Armutsbekämpfung und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

ARMUT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

ARMUT VERSTEHEN

6 Armut im Wohlstandsland

8 Oliver Hildenbrand, Minister für Soziales, Arbeit und Gesundheit im Interview

10 Armut in Zahlen

12 Armut und Demokratie: Warum soziale Teilhabe entscheidend ist

14 Armut – Abschaffen

15 Statt privaten Reichtum gesellschaftlichen Nutzen für alle schaffen

16 Wie Partizipation in der Nachbarschaft gelingen kann

ARMUT ERLEBEN

18 Wenn eine*r für alles sorgen muss

20 Zukunft braucht Chancengerechtigkeit: SILKY4FUTURE

21 Nah dran: SILKY4FUTURE bei der Waldhaus Jugendhilfe

22 Wenn Empowerment wirkt: Fatima und ihre Erfolgsgeschichte

23 Was wir verändern können: Armutssensibilität in der Praxis

24 Bildung als Schlüssel zur echten Chance und Teilhabe



© kit Jugendhilfe/Arne Krampe



© Tafel Deutschland e. V. | Nikolaus Urban

25 **Von der Ohnmacht zur Selbstwirksamkeit** Wie arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit (aJusa) Armutslagen verändern

36 Udo Engelhardt über **20 Jahre Geschichte der Tafeln** in Baden-Württemberg, über Ernährungsarmut, Einsamkeit und Zukunft.

STRUKTURELLE WEGE AUS DER ARMUT

25 Von der Ohnmacht zur Selbstwirksamkeit

26 Arbeit fördern, Qualifizierung ermöglichen, Armut überwinden

28 Armut trotz Arbeit: Der blinde Fleck im Werkstättensystem

30 Wohnungslosigkeit beginnt vor dem Wohnungsverlust

32 Arm, krank und wohnungslos

33 Schuldnerberatung stärken Armut wirksam bekämpfen

22 Wenn Empowerment wirkt: **Fatimas** Erfolgsgeschichte bei SILKY4FUTURE



© Privat/Erika Morina

GESUNDHEIT, WÜRDE UND TEILHABE – WAS MENSCHEN BRAUCHEN

34 Wenn Pflege zur Armutsfalle wird

36 20 Jahre Landesverband der Tafel Baden-Württemberg: Sozial, ökologisch und mehr als ein Ort der Lebensmittelabgabe

38 Wenn der Weg in Arbeit mit Bewegung beginnt

AUS DEM LANDESVERBAND

40 Wie die Offene Kinder- und Jugendarbeit Armutsfolgen entgegenwirkt

41 Aus der Werkstatt Parität

41 Aus den Regionen

AKTUELLES RECHT

42 Maßnahmen zur Haftungsreduzierung im Verein



© Adobe Stock | gaurk81

Armut im Wohlstandsland

Baden-Württemberg steht vor einer sozialpolitischen Bewährungsprobe – für Betroffene, für die Zivilgesellschaft, für die Demokratie.

Von Sabine Wild

Baden-Württemberg gilt im Vergleich zu anderen Bundesländern weiterhin wohlhabend, wirtschaftsstark und innovativ. Davon profitieren jedoch nicht alle: 2025 waren rund 15 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet, das entspricht 1,7 Millionen Menschen. Werden zusätzlich die tatsächlichen Wohnkosten berücksichtigt, steigt dieser Anteil auf fast 20 Prozent – etwa 2,2 Millionen Menschen leben dann unterhalb der Armutsgrenze. Armut kennt dabei kein Alter: Scham und Existenzängste prägen Lebenswege quer durch alle Generationen.

Mehr als ein Einkommensproblem

Materielle Knappheit ist der offensichtlichste Ausdruck von Armut, jedoch nicht der einzige. Wer mit wenig Geld wirtschaftet, ist auch bei der Wahl des Wohnorts, beim Zugang zu Gesundheitsversorgung, bei Bildung und Mobilität eingeschränkt. Besonders folgenreich ist die soziale Dimension: Armut erhöht das Risiko von Ausgrenzung und eigenem Rückzug, was zu einer Abkopplung von gesellschaftlichen Prozessen führen kann.

Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zur Einsamkeit in Baden-Württemberg bestätigt diesen Zusammenhang: Menschen mit niedrigem Einkommen berichten deutlich häufiger von Einsamkeit und sozialer Isolation als der Bevölkerungsdurchschnitt. Einsamkeit ist damit eng mit der Möglichkeit zur Teilhabe verknüpft. Hinzu kommt der Aspekt der digitalen Teilhabe. Behördengänge, Bewerbungen und Alltagskommunikation setzen heute vielfach einen Internetzugang und digitale Kompetenzen voraus. Wer beides nicht hat, wird zusätzlich benachteiligt.

„Die Menschen im Land müssen das Vertrauen haben, dass ihnen zugehört wird und sie in ihren Lebenslagen gesehen und ernst genommen werden.“

Strukturelle Ursachen statt individuelles Versagen

In der öffentlichen Debatte wird Armut noch immer häufig als individuelles Problem dargestellt. So gilt Armut als die Folge falscher Entscheidungen oder mangelnder Eigeninitiative. Diese Sichtweise greift jedoch zu kurz. Sie blendet aus, dass Armutsrisiken ungleich verteilt sind: Alleinerziehende, Menschen in Niedriglohnbeschäftigung, Menschen mit Diskriminierungserfahrung, pflegende Angehörige, Ältere mit lückenhaften Erwerbsbiografien sowie Kinder aus einkommensschwachen Familien sind unabhängig vom persönlichen Einsatz strukturell benachteiligt. Und Armut vererbt sich: Laut OECD dauert es in Deutschland im Durchschnitt sechs Generationen, bis ein Armutskreislauf durchbrochen werden kann.

Fehlender bezahlbarer Wohnraum, steigende Lebensmittelpreise, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, lange Wartezeiten in Schuldnerberatungsstellen sowie ungleich verteilte Bildungschancen verfestigen Armut zusätzlich.

„Für eine nachhaltige Armutsbekämpfung, muss der Blick auch über die Ländergrenzen hinaus auf die Bundespolitik gerichtet werden. Die beste Landesstrategie wirkt nur dann effektiv, wenn auf Bundesebene die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.“

Auch Erwerbsarbeit allein schützt längst nicht mehr verlässlich vor Armut: „Arm trotz Arbeit“ ist auch in Baden-Württemberg Realität. Wer in Zeiten der Erwerbstätigkeit nur knapp über die Runden kommt, ist im Alter besonders gefährdet.

Bildung gilt als wichtigster Hebel zur Prävention. Das stimmt jedoch nur, wenn Bildungschancen tatsächlich unabhängig von der sozialen Herkunft vergeben werden und möglichst früh ansetzen. Davon ist Deutschland noch weit entfernt. Wo die soziale Herkunft über Lebenschancen entscheidet, bleibt das Versprechen auf Chancengerechtigkeit nicht eingelöst. Bildung wirkt nur im Zusammenspiel mit stabiler Beschäftigung, bezahlbarem Wohnraum, guter Gesundheit und sozialer Absicherung, die auch in Krisenzeiten trägt.

Soziale Infrastruktur braucht verlässliche Grundlagen

Die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Baden-Württemberg begleiten täglich Menschen, die von Armut betroffen sind – und der Bedarf wächst. Steigende Lebenshaltungskosten, unsichere Jobs und lange Bearbeitungszeiten bei Behörden bringen immer mehr Menschen an ihre Grenzen, darunter auch viele, die nie gedacht hätten, Beratung zu benötigen. Soziale Träger leisten Beratung, schaffen Begegnungsräume und ermöglichen Teilhabe, oft dort, wo staatliche Strukturen nicht ausreichen. Sie verhindern Wohnungsverlust, Überschuldung und soziale Ausgrenzung und befähigen Menschen, ihre Rechte wahrzunehmen. Das ist aktive Demokratiearbeit. Doch diese steht zunehmend unter Druck: Steigende Betriebskosten und ungesicherte Finanzierungen belasten viele Einrichtungen – zugleich zeigen lange Wartezeiten etwa in der Schuldnerberatung, dass der Bedarf das Angebot übersteigt. Ehrenamtliches Engagement ergänzt diese Infrastruktur, kann professionelle Angebote jedoch nicht ersetzen – und sollte dies auch nicht müssen.

Was wirksame Armutspolitik jetzt leisten muss

Baden-Württemberg hat mit seiner Landesstrategie zur Armutsbekämpfung, der modularen Armutsberichterstattung, der Familienförderstrategie, den Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut und dem Housing-First-Ansatz wichtige Grundlagen geschaffen. Nun gilt es, diese in konkrete Maßnahmen zu überführen: bezahlbaren Wohnraum, Arbeit, die ein Leben in Würde im Alter ermöglicht, existenzsichernde Sozialleistungen, Investitionen in frühe Bildung und ein Bildungssystem, das soziale Herkunft nicht zur Hürde werden lässt, sowie Angebote, die Menschen in prekären Lebenslagen niedrigschwellig erreichen. Die Menschen im Land müssen das Vertrauen haben, dass ihnen zugehört wird und sie in ihren Lebenslagen gesehen und ernst genommen werden. Eine Armutspolitik, die nachhaltig wirken will, bezieht sie als Mitgestaltende ein, nicht nur als Adressat*innen von Maßnahmen.

Die Bekämpfung von Armut ist keine isolierte sozialpolitische Aufgabe. Es geht um gesellschaftlichen Zusammenhalt, um die Frage, ob Menschen Vertrauen in staatliche Institutionen haben, und ob sie das Gefühl behalten, dass ihre Stimme zählt. Beides ist Voraussetzung für eine stabile Demokratie. Baden-Württemberg hat die Mittel, hier Maßstäbe zu setzen und die Bedingungen für ein Leben in Würde und gleichberechtigte Teilhabe zu schaffen. Für ein offenes und vielfältiges Miteinander im Land.

Für eine nachhaltige Armutsbekämpfung, muss der Blick auch über die Ländergrenzen hinaus auf die Bundespolitik gerichtet werden. Die beste Landesstrategie wirkt nur dann effektiv, wenn auf Bundesebene die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Kommunen brauchen finanzielle Spielräume, rechtliche Entlastung und eine ressortübergreifende Zusammenarbeit, um Armut wirksam bekämpfen zu können.

Mehr Informationen: https://www.armut-bedroht-alle.de/
https://landesarmutskonferenz-bw.com/



© Der Paritätische BW

KONTAKT
Sabine Wild
Referentin Armut
Bereich Krisenintervention & Existenzsicherung
Mobil 0157 8507 5520
wild@paritaet-bw.de

Der Paritätische Baden-Württemberg
Hauptstraße 28, 70563 Stuttgart
https://www.paritaet-bw.de

„Eine inklusive und diverse Gesellschaft, die wirklich alle berücksichtigt, ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal unseres gesellschaftlichen Miteinanders – und eine wesentliche Stütze für eine stabile Demokratie.“

Oliver Hildenbrand am 29.09. in der Abschlussrede zum 4. landesweiten Fachtag Armut und Teilhabe

Jedes Kind in Baden-Württemberg soll gut aufwachsen

Oliver Hildenbrand, Minister für Soziales, Arbeit und Gesundheit im Interview

Herr Minister, wie bewerten Sie die aktuelle Armutssituation in Baden-Württemberg?

Auch in einem so wohlhabenden Land wie Baden-Württemberg ist Armut leider Realität. Im Jahr 2025 waren rund 15 Prozent der Menschen hier armutsgefährdet. Konkret heißt das: Einer alleinstehenden Person stehen dann höchstens 1.525 Euro im Monat zur Verfügung, einer vierköpfigen Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren höchstens 3.202 Euro. Zieht man davon die Miete ab, bleibt oft nur sehr wenig für den Alltag übrig: für Kleidung, für den Schulausflug der Kinder, für den Kaffee mit Freunden. Das beschäftigt mich sehr, und es ist mir wichtig, das ganz offen anzusprechen.

15 %
der Menschen in Baden-Württemberg waren im Jahr 2025 armutsgefährdet

Verfügbares Einkommen

1.525 €
Alleinstehende

3.202 €
Familie mit 2 Kindern

Welche Bedeutung hat aus Ihrer Sicht Armutsbekämpfung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie?

Armut bedeutet weit mehr als fehlendes Einkommen. Wer arm ist, kann an vielem nicht teilhaben, was für die meisten von uns selbstverständlich ist. Materielle Armut geht deshalb immer auch mit einem Mangel an Teilhabe- und Verwirklichungschancen einher. Genau das treibt mich um: Soziale Ungleichheit schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen in unsere Demokratie – und sie ist Wasser auf die Mühlen von demokratiefeindlichen Kräften.

Welche Schwerpunkte setzt das Sozialministerium als Teil der Landesregierung bei der Prävention und Bekämpfung von Armut?

Armutserfahrung wirkt sich besonders bei Kindern und Jugendlichen nachteilig auf die Entwicklung aus. Deshalb setzen wir hier einen klaren Schwerpunkt. Jedes Kind in Baden-Württemberg soll gut und gesund aufwachsen und später ein selbstständiges, selbstbestimmtes Leben führen können. Unsere Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut tragen genau dazu bei: Sie fördern armutsgefährdete Kinder und Jugendliche gezielt in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Beziehungen.

Auch für Familien und Alleinerziehende, die besonders häufig von Armut betroffen sind, wollen wir passende Unterstützung anbieten. Über unseren Ideenwettbewerb „Gemeinsam stark – Familienleben in Baden-Württemberg“ fördern wir aktuell 18 innovative Konzepte, die Familien im Alltag konkret entlasten und ihre Resilienz stärken. Ergänzend unterstützen wir Familienzentren und vergleichbare Einrichtungen, insbesondere in sozialen Brennpunkten, damit Hilfe dort ankommt, wo sie am meisten gebraucht wird.

Damit wir Armut wirksam bekämpfen und vorbeugen können, brauchen alle Betroffenengruppen passgenaue, nicht stigmatisierende und gut erreichbare Unterstützungsangebote. Und dafür wiederum braucht es eine verlässliche Datengrundlage. Mein Haus entwickelt unsere modulare Armutsberichterstattung daher kontinuierlich weiter. Eng eingebunden ist dabei der Landesbeirat für Armutsbekämpfung und Prävention Baden-Württemberg, in dem kommunale Landesverbände, Organisationen der Zivilgesellschaft, Betroffeneninitiativen, andere Landesressorts und die Landtagsfraktionen zusammenarbeiten.


© Sozialministerium BW | Reiner Pfisterer

Oliver Hildenbrand (Bündnis 90/Die Grünen) ist seit 2026 als Minister für Soziales, Arbeit und Gesundheit für eine breite Palette an sozial-, arbeits- und gesundheitspolitischen Themen verantwortlich. Eine wichtige Aufgabe darunter ist die Prävention und Bekämpfung von Armut in Baden-Württemberg.

https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/minister-oliver-hildenbrand

Welche Rolle spielen dabei Themen wie Bildungsgerechtigkeit, bezahlbarer Wohnraum, steigende Lebenshaltungskosten und die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt?

Diese vier Themen hängen für mich untrennbar zusammen. Wer hier ansetzt, bekämpft Armut an der Wurzel. Bildung entscheidet oft schon früh über Lebenschancen. Mit dem Startchancen-Programm, in das Bund und Länder gemeinsam rund 20 Milliarden Euro über zehn Jahre investieren, werden gezielt Schulen unterstützt, an denen besonders viele Kinder aus einkommensschwachen Familien lernen – mit finanziellen Hilfen, Beratung und Fortbildung für die Schulen selbst.

Bezahlbarer Wohnraum wiederum ist die Grundvoraussetzung für alles andere: Wer sich ständig Sorgen um die Miete und um weitere Lebenshaltungskosten macht, hat den Kopf nicht frei für Bildung, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe. Der wirksamste Weg aus der Armut bleibt gute Arbeit. Deshalb setzen wir bei der Arbeitsförderung konsequent auf Qualifizierung statt auf kurzfristige Maßnahmen, damit aus einer Beschäftigung eine echte, dauerhafte Perspektive wird.

Welche Vision haben Sie für ein solidarisches Baden-Württemberg, in dem auch Menschen mit Armutserfahrung gute Zukunftschancen haben?

Zwei Ziele liegen mir dabei besonders am Herzen. Erstens: Im Koalitionsvertrag haben wir uns vorgenommen, dass bis 2030 in allen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut etabliert sind. So schaffen wir gute Entwicklungsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig vom Elternhaus. Zweitens: Ich will langfristig Wohnungslosigkeit beenden. Mit Ansätzen wie Housing First wollen wir Menschen, die davon bedroht oder betroffen sind, wieder zu einer stabilen Wohnsituation und zu echten Zukunftsperspektiven verhelfen.

Vielen Dank!

Die Fragen in dem schriftlichen Interview stellte Sabine Wild.

„Wir wollen Langzeitarbeitslose unterstützen. Sie brauchen Orte und Strukturen, um an Arbeit und Qualifizierung teilzuhaben und ihre Erwerbspotenziale zu entwickeln und einzubringen. Daher haben wir die Unterstützung durch das Landesarbeitsmarktprogramm und die Arbeitslosenberatungszentren zu hoher Priorität erklärt und werden sie weiterführen. Konkrete Zusagen können erst nach Abschluss der laufenden Haushaltsverhandlungen erfolgen – die Priorität ist jedoch gesetzt.“

Oliver Hildenbrand am 29.09. in der Abschlussrede zum 4. landesweiten Fachtag Armut und Teilhabe

Armut in Zahlen

Was die Zahlen zeigen – und was sie verschweigen

Eine Einordnung von **Kristina Faden-Kuhne**, Familienforschung im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg

Wenn von Armut die Rede ist, geht es selten um eine einzelne Zahl, sondern um die Frage, wie genau gemessen wird und wer dabei sichtbar wird. Als armutsgefährdet gilt in Deutschland und der EU, wer mit weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens (Median) der Bevölkerung auskommen muss. 2025 lag diese Schwelle in der Einkommensverteilung Baden-Württembergs für einen Einpersonenhaushalt bei rund 1.525 Euro im Monat, für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei etwa 3.202 Euro.

Armut und Teilhabe in Baden-Württemberg:

Die materiellen Lebensbedingungen der Menschen in Baden-Württemberg sind vielfältig und unterschiedlich. Die Ungleichverteilung materieller Ressourcen wird dabei auch von aktuellen Krisen und Herausforderungen beeinflusst: steigende Lebensmittel- und Energiepreise, höhere Mieten und Wohnungsknappheit, wirtschaftliche Unsicherheiten, demografischer Wandel sowie Migration und Flucht. Armut bedeutet mehr als einen Mangel an Geld oder Konsumgütern. Sie geht einher mit eingeschränkten Teilhabe- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Das betrifft viele Lebensbereiche, wie z. B. den Zugang zu Bildung, kultureller Teilhabe, einer guten Gesundheitsversorgung und gesunden Ernährung oder angemessenem, bezahlbarem Wohnraum. Diese Einschränkungen wirken sich auf die Selbstwirksamkeit, das Wohlbefinden der Menschen und ihre Integration in die Gesellschaft aus.

Wer besonders betroffen ist

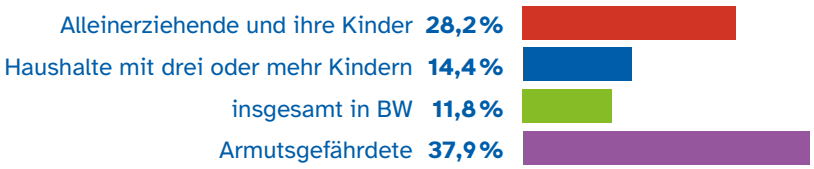
Armut trifft nicht alle gleichermaßen. Besonders gefährdet sind bundesweit wie im Land Alleinerziehende und Einpersonenhaushalte, von denen jeweils etwas jede dritte beziehungsweise vierte Person betroffen ist, ebenso Kinder und Jugendliche, Menschen mit Einwanderungsgeschichte, gering Qualifizierte und Menschen in atypischer Beschäftigung.

Auch im Alter bleibt das Risiko hoch: Bundesweit ist rund jede fünfte Person ab 65 Jahren armutsgefährdet, wobei Frauen deutlich häufiger betroffen sind – eine Folge lückenhafter Erwerbsbiografien aufgrund von Kindererziehung, Pflege und Teilzeitarbeit.

Wohnen als Armutsfalle

Von Wohnkosten überlastet waren in 2025 in Baden-Württemberg insgesamt 12 Prozent der Bürger*innen, d. h., sie gaben mehr als 40 Prozent ihres verfügbaren Einkommens dafür aus. Bei Alleinerziehenden war es sogar gut jede*r Vierte (28 Prozent) und bei armutsgefährdete Menschen mehr als jede*r Dritte (38 Prozent Mikrozensus-SILC 2025). Die finanzielle Situation beeinflusst den Zugang zu Wohnraum: Hohe Wohnkosten und ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum können zu Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt führen.

Wohnbelastung > 40 % in Baden-Württemberg 2025*





© Sandra Göttisheim

KONTAKT
Kristina Faden-Kuhne
Leiterin FamilienForschung
Telefon 0711 641-2033
Kristina.Faden-Kuhne@stala.bwl.de
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg FamilienForschung
Raiffeisenplatz 5, 70736 Fellbach
https://www.statistik-bw.de/fafo/

Kristina Faden-Kuhne leitet seit 2025 die FamilienForschung gemeinsam mit Konstantin Proske im Tandem. In ihrer Zuständigkeit liegen der Arbeitsbereich „Sozialwissenschaftliche Analysen“ und das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Auswirkungen von Armut auf die Lebenslagen



Besonders betroffen sind People of Color, Menschen im Hilfebezug und Familien, die somit nur schwer Zugang zu bezahlbarem angemessenem Wohnraum finden (vgl. FaFo 2024a).

Das spiegelt sich in den Zahlen der Wohnungslosenstatistik des Bundes wider. Knapp 60 Prozent aller im Jahr 2025 institutionell untergebrachten Menschen in Baden-Württemberg waren Familien (39 Prozent Paare mit Kindern und 19 Prozent Alleinerziehende und ihre Kinder), davon ein Drittel Kinder unter 18 Jahren. Die durchschnittliche Dauer, die Familien in einer solchen Unterbringung leben, beträgt über zwei Jahre. Der Weg in eine eigene Wohnung ist aus den genannten Gründen nicht einfach.

Was die Statistik nicht zeigt

Diese Zahlen erfassen nur einen Teil der realen Situation. Viele Berechtigte – insbesondere ältere Menschen – nehmen ihnen zustehende Leistungen wie die Grundsicherung aus Scham oder Unwissenheit nicht in Anspruch. Auch Menschen, die obdachlos oder verdeckt wohnungslos sind, werden in der Statistik nicht erfasst. Diese verdeckte Armut erscheint nicht in der Statistik, verändert jedoch die tatsächliche Zahl der Betroffenen spürbar nach oben. Ähnliches gilt für den sogenannten prekären Wohlstand: Haushalte, die knapp oberhalb der Armutsgrenze liegen, die schon bei kleineren Erschütterungen – wie eine Mieterhöhung, eine Reparatur, dem Arbeitsplatzverlust – abrutschen können.

Schließlich bildet Einkommen allein nicht ab, wie es um Gesundheit, Wohlbefinden und soziale Teilhabe der Betroffenen steht. Wer die Lebenslagen von Menschen in Baden-Württemberg verstehen will, muss deshalb über reine Einkommensstatistiken hinausblicken – und genau das leistet die Landesberichterstattung mit ihren ergänzenden Indikatoren zu Wohnen, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe.

Armutsgefährdung in Baden-Württemberg 2025*	Armuts-gefährdungs-quote	Anzahl armutsgefährdeter Personen
Insgesamt	15,2	1.700,360
Ausgewählte Risikogruppen		
Kinder unter 18 Jahren	16,5	327.453
18 bis unter 25 Jahren	26,4	239.075
Personen mit 65 Jahren und älter	18,6	425.103
Personen mit Migrationsgeschichte	25,2	685.898
Risikogruppen in Haushaltssituationen		
Paarfamilien mit 3 und mehr Kindern	27,4	185.280
Alleinerziehende und ihre Kinder	34,3	138.930
Alleinlebende	30,8	673.084

*gemessen am Landesmedian; Datenquelle: Mikrozensus 2025 (Unterstichprobe SILC Endergebnisse), eigene Berechnungen der FaFo Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt. Fallzahl statistisch nicht belastbar.

Armutsgefährdungsquote

Die Armutsgefährdungsschwelle in BW lag 2025 bei 1.525 Euro für einen Einpersonenhaushalt und 3.202 Euro für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren. Diese Schwelle basiert auf Mikrozensus-SILC und dem Landesmedian.

Die Armutsgefährdungsquote misst die relative Einkommensarmut und wird entsprechend des EU-Standards definiert als der Anteil der Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medianeinkommen der Bevölkerung beträgt.

https://www.gesellschaftsmonitoring-bw.de/glossary/nettoaequivalenzeinkommen/



Armut und Demokratie

Warum soziale Teilhabe entscheidend ist

Von Nathalie Wollmann

Die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen in Deutschland haben gezeigt, dass die Themen soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit im Mittelpunkt der politischen Debatten stehen. Dabei rückt auch das Thema Armut zunehmend in den Fokus. Armut ist nicht nur eine soziale Herausforderung, sondern betrifft grundlegende Fragen des demokratischen Zusammenlebens.

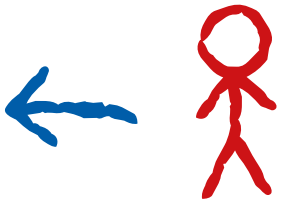
Von Armut Betroffene können empfinden, dass sie am Rand der Gesellschaft stehen und nicht gleichberechtigte Mitglieder sind. Erfahrungen sozialer Ausgrenzung beeinträchtigen das Vertrauen in demokratische Institutionen und gesellschaftliche Strukturen. Doch soziale und demokratische Teilhabe sind eng miteinander verknüpft: Wenn Menschen dauerhaft von gesellschaftlichen Möglichkeiten, Ressourcen und Teilhabechancen ausgeschlossen werden, betrifft dies nicht nur ihre soziale Integration, sondern kann zugleich ihr Verhältnis zu demokratischen Institutionen und Prozessen beeinflussen.

Soziale Ausgrenzung wird damit zu einer Herausforderung für das demokratische Zusammenleben, da gesellschaftliche Zugehörigkeit und die Möglichkeit, sich als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft zu erfahren, wichtige Voraussetzungen für stabile demokratische Strukturen darstellen. Umso wichtiger ist es, diese Themen politisch zu fokussieren und Menschen in ihrem Vertrauen weiterhin für eine Politik der demokratischen Parteien zu stärken.

Differenzierte Betrachtung ist erforderlich

Es wäre zu kurz gegriffen, aus einer von Armut oder prekären Lebensbedingungen geprägten Lebenssituation unmittelbar auf bestimmte politische Einstellungen, eine erhöhte Affinität zu radikalen Positionen oder eine Zugehörigkeit zu entsprechenden Parteien zu schließen. Ebenso, dass Menschen in prekären sozioökonomischen Lagen unpolitisch wären oder kein Verständnis für politische Zusammenhänge hätten. Vielmehr ist der Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Lage, politischer Wahrnehmung, Teilhabe und politischen Einstellungen durch ein komplexes Zusammenspiel individueller, sozialer und struktureller Faktoren geprägt. Vor diesem Hintergrund sollten alle beeinflussenden Faktoren berücksichtigt und Armut und Radikalisierung nicht als monokausale Beziehung verstanden werden.

© Illustration: AdobeStock | Rudie



„Von Armut Betroffene können empfinden, dass sie am Rand der Gesellschaft stehen und nicht gleichberechtigte Mitglieder sind. Erfahrungen sozialer Ausgrenzung beeinträchtigen das Vertrauen in demokratische Institutionen und gesellschaftliche Strukturen.“

Fehlende gesellschaftliche und politische Teilhabemöglichkeiten, wirtschaftliche Notlagen sowie das subjektive Empfinden, nicht „dazuzugehören“, können dazu beitragen, dass sich Menschen von radikaleren Ideologien angesprochen fühlen und ihre Erfahrungen und Anliegen als vermeintlich ernst genommen empfinden. Beeinflussende Faktoren sind hierbei auch die als ungerecht empfundene Chancenverteilung und fehlende soziale Sicherheiten.

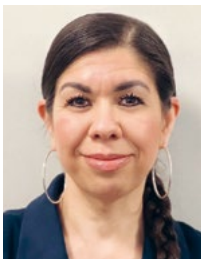
Radikale Gruppierungen knüpfen daran an, indem sie vermeintlich einfache Erklärungs- und Lösungsmodelle für komplexe gesellschaftliche Probleme anbieten. Sie schaffen es, ein Gefühl von Zugehörigkeit und Gemeinschaft zu vermitteln und mitunter Anschluss und eine identitätsstiftende Zusammengehörigkeit zu bieten.

Teilhabe als Resilienzfaktor für Demokratie

Eine wirksame Auseinandersetzung mit Armut und ihrer Bedeutung für die Demokratie erfordert eine differenzierte Betrachtung der komplexen Zusammenhänge. Hervorzuheben ist, dass die Stärkung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Teilhabe keineswegs automatisch vor der Hinwendung zu radikalen Ideologien schützt. Sie kann jedoch dazu beitragen, bestimmte Risikofaktoren zu mindern, die eine solche Hinwendung begünstigen können. Doch wo genau muss hier angesetzt werden?

Bildungschancen müssen verbessert, Zugänge zu Ausbildung und Arbeit erleichtert und berufliche Perspektiven geschaffen werden. Eine verlässliche soziale Absicherung, bezahlbarer Wohnraum und ein guter Zugang zu sozialen Dienstleistungen schaffen eine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen. Die Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe, wo Begegnungen ermöglicht, soziale Beziehungen gefördert und Räume für ein gesellschaftliches Miteinander geschaffen werden, sind ebenfalls wichtige Grundlagen. Darüber hinaus müssen Medienkompetenz und politische Bildung ausgebaut werden, damit Menschen Informationen einordnen, Desinformation erkennen und sich selbstbestimmt am demokratischen Diskurs beteiligen können.
Und es braucht eine glaubwürdige Politik, die angesichts der globalen und inneren Herausforderungen des Landes die Lebensrealitäten der Menschen ernst nimmt. Kürzungen im Sozialbereich entfalten Folgewirkungen in andere Bereiche, verschärfen Problemlagen und beeinträchtigen die soziale Sicherheit. Wer im Sozialbereich kürzt, spart zwar kurzfristig Kosten ein – doch ist der gesamtgesellschaftliche Preis, der dafür später zu zahlen ist, vielfach deutlich höher.

Nathalie Wollmann ist seit 2022 Referentin für Migration, Vielfalt und Demokratie im Bereich Familie | Kinder | Migration | Vielfalt und Demokratie des Landesverbands.



© Der Paritätische BW

KONTAKT

Nathalie Wollmann
Referentin für Migration, Vielfalt und Demokratie
Bereich Familie, Kinder, Migration,
Vielfalt und Demokratie
Telefon 0711 2155-123
wollmann@paritaet-bw.de

Der Paritätische Baden-Württemberg
Hauptstraße 28, 70563 Stuttgart
https://paritaet-bw.de/leistungen-und-services/bereiche/familie-kinder-migration-vielfalt-und-demokratie

Armut – Abschaffen

Von den Modellversuchen in der alten Sozialhilfe, über Hartz 4, von der Grundsicherung zur „neuen“ Grundsicherung – seit mehr als 25 Jahren begleitet **Martin Debener** die Armutspolitik in Nordrhein-Westfalen und über die NAK (Nationale Armutskonferenz) auch im Bund.

Armut hat viele Ursachen und viele Auswirkungen. Alle Altersgruppen und Lebenslagen können betroffen sein. Diese Multikausalität, lässt die Sozialpolitik oft ratlos zurück, weil Maßnahmen auf der einen Seite nicht die Probleme an der an der anderen Seite lösen. Ehrlicherweise sind wir ja alle nur einen Schicksalsschlag davon entfernt selbst von Armut betroffen zu sein. Ein Arbeitsplatzverlust, ein Unfall, eine Trennung, … und „Armut“ bleibt kein theoretisches Modell, sondern wird Lebenswirklichkeit. Jede*r sollte sich das klar machen. „Armutsgefährdungsrisiko“ nennt die Armutsberichterstattung des Bundes und des Landes NRW dies dann – wie verharmlosend. Was sind wir denn für eine Gesellschaft, wenn jedes Kind in einer Familie das „Armutsrisiko“ steigert? In „klassischen“ Familien ebenso, wie – verstärkt – bei Alleinerziehenden. Dieses Risiko und die besonders davon betroffenen Gruppen haben sich in 25 Jahren gar nicht geändert. Die Quoten ändern sich nur um wenige Prozentpunkte, mal in die eine, mal in die andere Richtung. Wir haben kein Erkenntnis- sondern ein Handlungsdefizit in der Armutsbekämpfung. Seit Jahrzehnten.

Beteiligung von Armutsbetroffenen

Hier hat sich in den letzten 25 Jahren viel getan. Haben wir lange über Begrifflichkeiten diskutiert, ob die Menschen jetzt „Betroffene“, „von Armut Betroffene“ oder „Expert*innen in eigener Sache“ genannt werden wollen, waren wir uns doch immer einig darin, den Begriff „sozial schwach“ endlich aus dem allgemeinen Sprachgebrauch zu verbannen. Für mich waren und sind „sozial schwach“ Menschen, die Steuern hinterziehen oder Bankiers, die mit Cum-Cum und Cum-Ex Geschäften die Allgemeinheit betrügen. Inzwischen haben sich die „Expert*innen“ sehr professionell organisiert. Es gibt Treffen der Menschen mit Armutserfahrung der NAK in Berlin und inzwischen auch in NRW. Die Beteiligung steigt und strukturiert sich immer mehr. Die Forderungen an die Ministerien werden immer nachhaltiger, diese professionelle Arbeit auch institutionell zu fördern und dauerhaft zu finanzieren. Wer das, wie ich, seit 25 Jahren verfolgt, kann die Forderung nur unterstützen.

Handlungsmöglichkeiten

Wir müssen das „Existenzminimum“ wieder ernst nehmen. Existenziell sind Nahrung, Kleidung und Wohnung. Jede*r sollte hier Möglichkeiten haben – oder bekommen. Tafeln, Kleiderkammern und Notschlafstellen sind keine Existenzsicherung, sondern Ausdruck von politischer Verantwortungslosigkeit. So sollten Menschen nicht leben müssen. Wenn ich das so ausdrücken könnte, dass es politisch irgendetwas bewirkt, würde ich diese Worte wählen. Radikal, fundamental, dramatisch.

Die größte Veränderungsmöglichkeit besteht meiner Ansicht nach, durch viel stärkere Investitionen in das gesamte Bildungssystem. 25 Jahre habe ich in allen Vorträgen die Chancenungleichheit von Kindern/Jugendlichen in unserem Bildungssystem angeprangert. Nichts, aber auch gar nichts, hat sich hier verbessert. Katastrophal. Besser muss auch die Zusammenarbeit der Institutionen werden. Den Menschen ist egal, ob eine staatliche Institution oder ein freier Träger Hilfe anbietet. Hauptsache es wird geholfen. Wir Wohlfahrtsverbände müssen hier auch viel mehr in Netzwerken denken und präventiv.

Martin Debener ist seit 25 Jahren Fachreferent für Armut und Grundsicherung im Paritätischen Landesverband NRW und war mehrere Jahre stellvertretender Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (NAK) für den Paritätischen Gesamtverband. Außerdem war er 10 Jahre lang für die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW im Landesfamilienministerium.



© Frank Sonnenberg

KONTAKT
Martin Debener
Fachreferent Armut und Grundsicherung
Telefon 02151 961902 8
martin.debener@paritaet-nrw.org
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.
Loher Straße 7, 42283 Wuppertal
https://www.paritaet-nrw.org

Mehr Informationen:
https://www.nationale-armutskonferenz.de

Statt privaten Reichtum gesellschaftlichen Nutzen für alle schaffen

Über 13 Millionen Menschen sind in Deutschland nach dem jüngsten Armutsbericht des Paritätischen als arm einzustufen. Das entspricht 16 Prozent der Bevölkerung. Gleichzeitig ist Deutschland ein wohlhabendes Land. Für **Dr. Andreas Aust** ist Armut daher kein Ausdruck gesellschaftlichen Mangels, sondern ein Ergebnis ungleicher Verteilung.

Die obersten zehn Prozent der Haushalte verfügen über mehr als 40 Prozent der Einkommen. Seit 1995 sind die Einkommen kaufkraftbereinigt um etwa ein Drittel gestiegen. Doch dieser Zuwachs ist sehr ungleich verteilt: Während die obersten zehn Prozent ihr Einkommen um rund 50 Prozent steigern konnten, stagnierte das Einkommen der ärmsten zehn Prozent. Noch deutlicher ist die Ungleichheit bei den Vermögen: Nach den jüngsten Daten der Deutschen Bundesbank besitzen die obersten zehn Prozent der Haushalte mindestens 60 Prozent des gesamten Vermögens, während sich die untere Hälfte der Gesellschaft etwa zwei Prozent teilen muss. Je nach Datengrundlage entfallen auf das reichste Prozent rund ein Viertel bis gut ein Drittel des gesamten privaten Nettovermögens.



Extreme Ungleichheit begrenzt den gesellschaftlichen Fortschritt für alle.

Ärmere Familien können grundlegende Bedürfnisse nicht decken, während wohlhabende Haushalte im Überfluss leben. Gleichzeitig reproduziert sich die Vermögensungleichheit zunehmend über Generationen durch Erbschaften und Schenkungen. Das schadet auch der Demokratie: Sie kann auf Dauer nur funktionieren, wenn Menschen sich wechselseitig als gleichberechtigt anerkennen und den Staat als handlungsfähig erleben.

Dem großen privaten Reichtum stehen wachsende Finanzierungsprobleme der öffentlichen Hand gegenüber. Einen armen Staat können sich jedoch nur Reiche leisten. Alle anderen brauchen einen starken Sozialstaat und eine verlässliche öffentliche und soziale Infrastruktur – von Bildung, Gesundheit und Wohnen bis hin zur sozialen Arbeit. Auch die Freie Wohlfahrtspflege ist auf finanziell handlungsfähige Kommunen angewiesen. Kürzungen bei sozialen Leistungen und Infrastruktur verschärfen hingegen Armut und Ungleichheit. Hinzu kommt die sozial-ökologische Transformation. Klimaschutz und Klimaanpassung – aktuell etwa der Schutz vor zunehmender Hitze – erfordern erhebliche öffentliche Investitionen. Diese dürfen nicht auf Kosten sozialer Sicherheit ausgetragen werden. Eine sozial gerechte Transformation benötigt daher zusätzliche öffentliche Mittel und eine faire Verteilung ihrer Kosten.

Es gibt Alternativen zu Sozialabbau und Zukunftsverweigerung.

Ein breites Bündnis hat im Oktober 2025 eine gerechte Besteuerung großer Vermögen gefordert, um Sozialstaat, Klimaschutz und öffentliche Investitionen zu finanzieren. Auch der Paritätische fordert, sehr hohe Einkommen und Vermögen stärker heranzuziehen – durch einen höheren Spitzensteuersatz, eine Reform der Erbschaftsteuer sowie die Wiedererhebung der Vermögensteuer. Die starken Schultern müssen mehr beitragen, damit eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft für alle finanziert werden kann.

Dr. Andreas Aust, geb. 1966, Politikwissenschaftler, seit 2017 beim Paritätischen Gesamtverband als sozialpolitischer Referent in der Paritätischen Forschungsstelle tätig.



© Der Paritätische Gesamtverband

KONTAKT

Dr. Andreas Aust
Referent für Sozialpolitik
Paritätische Forschungsstelle
Telefon 030 24636-322
andreas.aust@paritaet.org

Der Paritätische Gesamtverband
Tempelhofer Damm 156 , 12099 Berlin
https://www.der-paritaetische.de

Wie Partizipation in der Nachbarschaft gelingen kann

Teilhabe beginnt dort, wo Menschen nicht mehr nur Empfänger*innen von Hilfe sind

Von Dr. Verena Mayer

Mit dem Treffpunkt Kupfer in der Mannheimer Neckarstadt-West haben wir einen offenen Unterstützungs- und Begegnungsraum geschaffen. Hier begegnen sich Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensgeschichten – unkompliziert, ohne Konsumzwang und ohne die Frage, ob jemand „hierhergehört“. Das Kupfer ist Treffpunkt, niedrigschwellige Beratungsstelle, Café und Veranstaltungsort zugleich. Vor allem aber ist es ein Ort, an dem Menschen nicht auf ihre Armut reduziert werden.

Wir sehen unsere Gäst*innen nicht als Empfänger*innen von Hilfe. Partizipation heißt für uns, sie nach ihrer Meinung zu fragen und ihnen tatsächlich Einfluss und Verantwortung zuzugestehen. Unsere Gäst*innen gestalten Angebote mit, entwickeln eigene Ideen, organisieren Veranstaltungen oder bringen Themen ein, die ihnen wichtig sind. Wir schaffen Räume und Strukturen, in denen Menschen ihre Erfahrungen, Kompetenzen und ihr Wissen einbringen können.

Gemeinschaft für uns kein nettes Zusatzangebot, sondern ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Wer Armut erlebt, erfährt häufig auch Scham, Einsamkeit, Ausschluss und das Gefühl, nicht dazuzugehören. Dem setzen wir im Kupfer einen Ort entgegen, an dem Menschen sich auf Augenhöhe begegnen und unabhängig von ihrer sozialen und ökonomischen Situation willkommen sind.

Menschen mit und ohne Armutserfahrung und mit unterschiedlichen Lebensrealitäten kommen hier zusammen. Sie begegnen sich nicht in den Rollen von Hilfesuchenden und Helfenden, sondern als Menschen, die einen gemeinsamen Ort gestalten. Sie unterstützen sich gegenseitig, bringen ihre Erfahrungen und Fähigkeiten ein und entwickeln gemeinsam Ideen. So entsteht Zugehörigkeit – und mit ihr die Erfahrung: Meine Perspektive zählt. Ich kann etwas beitragen. Ich kann etwas verändern.

„Wer von Armut betroffen ist, braucht nicht zuerst jemanden, der ihm sagt, was gut für ihn ist. Er braucht die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, mitzureden und sein Leben und seine Gesellschaft mitzugestalten.“

Dr. Verena Mayer, geschäftsführende Vorständin
Ausweg Rhein-Neckar e.V.

Im Rahmen der Sommertour 2026 besuchte Ministerpräsident **Cem Özdemir** das Kupfer



© Staatsministerium | Maurice Bartl



© Ausweg Rhein-Neckar e. V. | M

„Ich fühle mich sehr wohl im Kupfer und arbeite da auch seit einem Jahr so gut wie jeden Tag ehrenamtlich mit, weil ich mich dadurch einbringen kann und Alltagsstruktur habe. Ich habe da viele Freunde und Kollegen kennengelernt wir halten zusammen. Ich kann dort meine Freundin auch mal zum Essen einladen. Ich finde, dass es auch in anderen Städten sowas geben muss.“

Stefan K., Gast und ehrenamtlicher Mitarbeiter im Kupfer

Von Selbstwirksamkeit zu politischer Teilhabe

Aus dieser Erfahrung entsteht auch politische Teilhabe. Menschen sprechen über ihre Erlebnisse, benennen Missstände und entwickeln gemeinsam politische Forderungen. Aus individuellen Erfahrungen wird so eine gemeinsame Stimme. Das Kupfer ist deshalb auch ein demokratischer Ort: ein Raum, in dem unterschiedliche Perspektiven zusammenkommen und Menschen erfahren, dass sie gemeinsam etwas verändern können.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der soziale und politische Teilhabe kein Privileg ist. Das Kupfer ist ein konkreter Ort, an dem wir diese Vorstellung jeden Tag praktisch werden lassen.

Soziale Gerechtigkeit: Ein Leben in Würde und Selbstbestimmung

Soziale Gerechtigkeit heißt für uns, dass niemand aufgrund von Armut vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden darf. Wir fordern ein Grundsicherungssystem, das tatsächlich vor Armut schützt, bezahlbaren Wohnraum, Zugang zu Bildung und Arbeit, gesundheitliche Versorgung und die Möglichkeit, Kultur und gesellschaftliches Leben unabhängig vom eigenen Geldbeutel zu erleben.

Soziale Gerechtigkeit umfasst mehr als eine ausreichende materielle Absicherung. Betroffene müssen gehört werden und Einfluss auf die Entscheidungen haben, die ihr Leben betreffen. Deshalb brauchen wir echte politische und soziale Teilhabe und die Möglichkeit zur Selbstbestimmung, statt paternalistischer Bevormundung und Fürsorge.

Dr. Verena Mayer, Gründungsmitglied und geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes Ausweg Rhein Neckar e. V. und Leitung politische und soziale Teilhabe (Kupfer).

Wir wollen Strukturen verändern, die Menschen ausgrenzen, beschämen oder ihnen das Gefühl geben, selbst für ihre Armut verantwortlich zu sein. Dazu gehört für uns auch, Klassismus sichtbar zu machen und abzubauen – also die Abwertung und Benachteiligung von Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft und ökonomischen Situation. Statt Menschen zu stigmatisieren und zu verwalten, müssen wir ihnen begegnen, zuhören und ihre Fähigkeiten und Perspektiven ernst nehmen.



© Ausweg Rhein-Neckar e. V. | Miriam Díaz Gomez

Ausweg Rhein-Neckar e. V.

Der Verein Ausweg Rhein-Neckar wurde teilweise von Menschen mit Armutserfahrung gegründet. Er steht für soziale Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung und eine Gesellschaft, in der Zugehörigkeit unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebenssituation selbstverständlich ist. Wir wollen Menschen, die von Armut betroffen sind, nicht verwalten, sondern stärken – in ihrer Selbstbestimmung, ihren Fähigkeiten und ihrem Recht, die eigenen Lebensbedingungen mitzugestalten. Denn Armut ist nicht selbstverschuldet. Sie entsteht durch gesellschaftliche und politische Strukturen, die Betroffenen Chancen verwehren und ausgrenzen.


© Ausweg Rhein Neckar e.V.

KONTAKT
Dr. Verena Mayer
geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes
verena.mayer@ausweg-rhein-neckar.de
Ausweg Rhein-Neckar e. V.
Zeppelinstraße 47
68169 Mannheim
https://www.ausweg-rhein-neckar.de/



Wenn eine*r für alles sorgen muss

Alleinerziehend zu sein bedeutet, jeden Tag Verantwortung zu tragen: für Kinder, Haushalt, Termine, Arbeit und Einkommen. Was in einer Paarfamilie auf zwei Schultern verteilt werden kann, lastet in einer Einelternfamilie oft auf einer. Wenn das Einkommen dann nicht reicht, wird aus täglicher Organisation schnell existenzieller Druck.

Von Annika Bantel und Sarah Zöllner

Armut hat viele Ursachen. Eine zentrale Rolle spielt die Verbindung von Erwerbs- und Sorgearbeit. Wer allein für Kinder verantwortlich ist, kann die Arbeitszeit nicht einfach ausweiten. Kinder müssen betreut, versorgt und abgeholt werden. Gleichzeitig müssen Miete, Lebensmittel und andere Ausgaben bezahlt werden.

Viele Alleinerziehende – insbesondere Frauen – arbeiten deshalb in Teilzeit. Doch mehr zu arbeiten, ist keine einfache Lösung. Dafür braucht es verlässliche Kinderbetreuung und einen Arbeitsplatz, von dessen Einkommen eine Familie tatsächlich leben kann. Auch ausbleibender oder unregelmäßiger Kindesunterhalt kann die finanzielle Situation zusätzlich verschärfen.

Mehr als Geldmangel: Barrieren und Ausgrenzung

Armut zeigt sich nicht nur auf dem Konto. Sie entscheidet mit darüber, wer teilhaben kann. Wenn Geld für Klassenfahrten, Freizeitaktivitäten oder Urlaub fehlt, müssen Familien verzichten. Für Kinder bedeutet das, nicht dabei zu sein, wenn andere gemeinsam etwas erleben. Für Eltern bedeutet finanzielle Unsicherheit häufig ständigen Druck. Langfristig kann auch die Altersvorsorge darunter leiden.

Besonders gefährdet sind Alleinerziehende, wenn mehrere Belastungen zusammenkommen: mehrere Kinder, ein geringes Einkommen, hohe Wohnkosten oder fehlender Unterhalt. Auch Migrationsgeschichte oder Behinderung können den Zugang zu Informationen, Beratung, Leistungen oder Arbeit erschweren.



© privat



© Sofia Wagner

KONTAKT

Annika Bantel (links)
Geschäftsführerin

Sarah Zöllner (rechts)
Vorstandsvorsitzende

VAMV Verband Alleinerziehender Mütter und Väter
Gymnasiumstraße 43,
70174 Stuttgart
Telefon 0711 24847118,
info@vamv-bw.de
https://vamv-bw.de

Illustration © Adobe Stock | titil

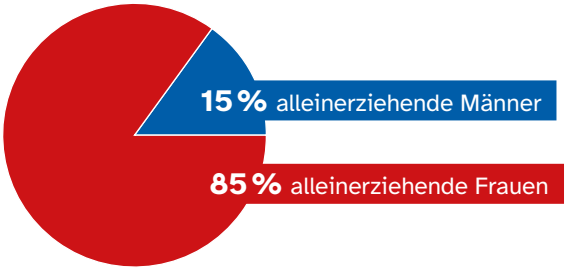
Verlässlichkeit und Entlastung

Armutsvorsorge beginnt deshalb früh: mit existenzsichernder Arbeit, verlässlichem Kindesunterhalt, sozialer Absicherung und einer ausreichenden Altersvorsorge. In Baden-Württemberg braucht es vor allem verlässliche Kinderbetreuung und bezahlbaren Wohnraum. Auf Bundesebene sind bessere Regelungen bei Unterhalt, Sozialleistungen und der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit nötig.

Aktuell zeigt sich gerade beim Thema Unterhalt ein anderes Bild und, wie wichtig verlässliche Unterstützung ist. Der Unterhaltsvorschuss hilft, wenn der andere Elternteil nicht oder nicht ausreichend zahlt. Aktuell wird darüber diskutiert, den Unterhaltsvorschuss für Jugendliche ab 16 Jahren abzuschaffen. Mit Blick auf die Belastungen Alleinerziehender und ihrer Kinder das völlig falsche Signal.

Der VAMV LV BW lässt Alleinerziehende mit diesen Herausforderungen nicht allein. Er informiert und berät, vernetzt und bringt die Perspektiven Alleinerziehender in Politik und Gesellschaft ein. Gleichzeitig setzt er sich für Rahmenbedingungen ein, die Einelternfamilien tatsächlich entlasten. Denn viele Probleme sind nicht individuell verursacht. Sie entstehen dort, wo Strukturen am Familienalltag vorbeigehen. Die Familienform darf kein Armutsrisiko sein!

178.300
Alleinerziehenden in BW, 2025



34 %
der Alleinerziehenden mit ihren Kindern lebten 2025 unter der Armutsgefährdungsschwelle.

Zahlen, Daten, Fakten zu Alleinerziehenden

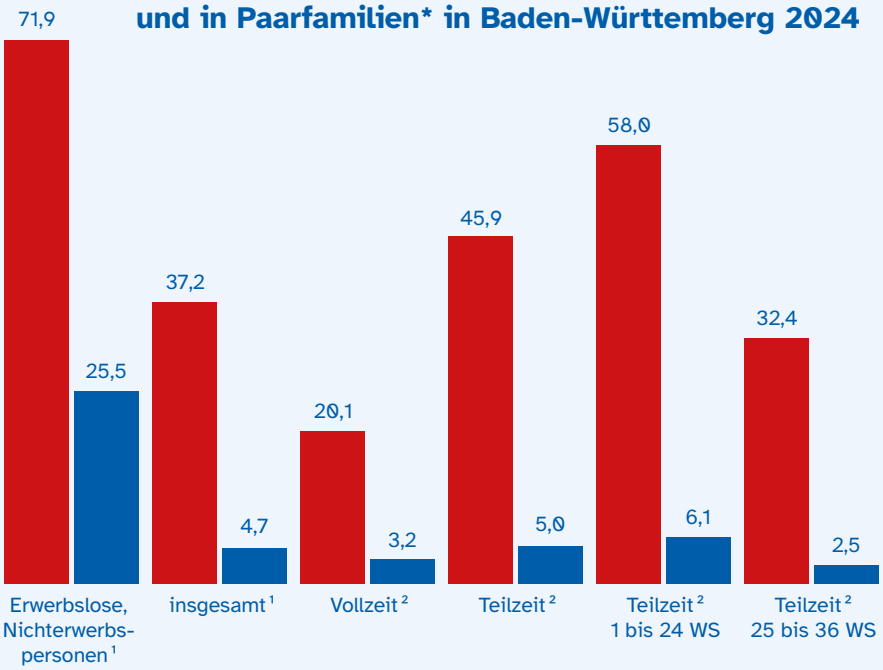
Im Jahr 2025 waren in Baden-Württemberg 178.300 Personen alleinerziehend, 85 % davon waren Frauen und 15 % Männer. Alleinerziehende sind dabei eine Risikogruppe für Armutsgefährdung – so lebten 2025 mehr als ein Drittel aller Alleinerziehende mit ihren Kindern unter der Armutsgefährdungsschwelle (34,3 %).

Mit dem Anwachsen der Armutsgefährdung bei steigender Kinderzahl, sinkt auch in Paarfamilien gleichzeitig der Erwerbsumfang der Frauen: In Familien mit drei und mehr Kinder waren 41,8 % der Frauen nicht erwerbstätig (Mikrozensus 2024).

Das hat auch Auswirkungen auf die Situation von Kindern. Die Erwerbstätigkeit von Müttern reduziert die Armutsgefährdung ihrer Kinder deutlich: bei Kindern von alleinerziehenden Müttern von 71,9 % auf 37,2 %, in Paarfamilien von 25,5 % auf 4,7 %

Quelle: Kurzanalyse der Armutsberichterstattung BW 2025

Armutsgefährdungsquote von Kindern von alleinerziehenden Müttern und in Paarfamilien* in Baden-Württemberg 2024



Angaben in Prozent

- Alleinerziehende Mütter
- Mütter in Paarfamilien

* Es werden nur Paarfamilien betrachtet, in denen der Vater Vollzeit arbeitet und die Mutter in Vollzeit, Teilzeit oder nicht erwerbstätig war.

1) von allen erwerbsfähigen Müttern

2) von allen realisiert erwerbstätigen Müttern

Datenquelle: Mikrozensus (MZ-Kern, Erstergebnisse 2024), eigene Berechnung FaFo im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

FaFo_Jahresbroschüre_2025, Seite 35

https://www.statistik-bw.de/fileadmin/user_upload/Service/Veroeff/Sonderveröfffentlichungen/FaFo_Jahresbroschüre_2025.pdf

Zukunft braucht Chancengerechtigkeit: SILKY4FUTURE

Wenn finanzielle Knappheit die Chancen junger Menschen begrenzt

Auch im wohlhabenden Baden-Württemberg bleibt Kinder- und Jugendarmut nach wie vor eines der drängendsten sozialen Probleme: Fast jedes fünfte Kind und jeder vierte junge Mensch zwischen 18 und 25 Jahren ist von Armut betroffen oder gefährdet. Armut raubt ihnen systematisch Zukunftschancen, soziale Teilhabe und das Vertrauen in Gesellschaft und Demokratie. Diese Kinder und Jugendlichen erleben Angst und Scham – unverschuldet, denn sie sind Teil armer Familien.

Von Sabine Wild

Gerade bei Jugendlichen bleibt Armut oft unsichtbar. Sie erfahren Einschränkungen in ihrer gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe, ohne dass ihre Lebenssituation als Armut wahrgenommen wird. Neben finanziellen Belastungen begegnen ihnen Vorurteile, Ausgrenzung und weitere Formen der Diskriminierung. Armut wirkt sich auf die Chancen junger Menschen weit über finanzielle Fragen hinaus aus. Sie beeinflusst Bildung, Berufseinstieg, Selbstbewusstsein und gesellschaftliche Teilhabe

Social Inclusion LABs: Zukunft gemeinsam gestalten

Kern des Projekts sind die Social Inclusion LABs – praxisnahe Lern- und Gestaltungsräume, in denen Future Skills vermittelt werden: Fähigkeiten für Alltag, Ausbildung und Beruf. Im Future LAB werden junge Menschen bei Berufsorientierung und digitalen Bewerbungen unterstützt, der Übergang von Schule zu Beruf steht im Fokus. Im Finance LAB geht es um Anträge, den Umgang mit Geld und Schuldenprävention. Das LAB Wohnen behandelt Wohnungssuche und Mietverträge. Weitere LABs widmen sich der sozialen Teilhabe, Gesundheit, Ernährung, Bildung sowie digitaler und kultureller Teilhabe.

Junge Menschen zwischen 14 und 25 Jahren werden darin gestärkt, ihren Lebensweg selbstbestimmt zu gestalten. Die Angebote sind freiwillig, kostenfrei und ohne feste, kurzfristige Zielvorgaben. Wer die Teilnahme abbricht, ist jederzeit willkommen zurückzukommen. Feste Bezugspersonen begleiten die Jugendlichen so lange, wie sie es brauchen.

Das Projekt bietet dabei einen „Safe(r) Space“. und richtet sich an alle, die aufgrund von Armutserfahrung, sozialem Status, Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung oder Behinderung Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren haben.

SILKY4FUTURE

Das Projekt SILKY4FUTURE hat eine Laufzeit von 2026 bis 2028 und baut auf den Vorgängerprojekten SILKY und SILKY-plus auf, mit denen seit 2020 über 1.300 Kinder, Jugendliche und deren Familien in Baden-Württemberg erreicht wurden. Als Verbundprojekt des Paritätischen Baden-Württemberg und der Werkstatt PARITÄT mit acht Trägern werden benachteiligte Jugendliche und ihre Familien an 26 Standorten begleitet.

KONTAKT
Sabine Wild
Projektleitung SILKY4FUTURE
Mobil 0157 8507 5520
wild@paritaet-bw.de
Der Paritätische Baden-Württemberg
Hauptstraße 28, 70563 Stuttgart
https://paritaet-bw.de/silky4future



© Waldhaus gGmbH | Thomas Gähr

„Die Armut junger Menschen ist kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck struktureller Ungleichheit. Dabei verbaut Armut vor allem Zukunftschancen und schadet dem Vertrauen in Demokratie und Gesellschaft. Dem wollen wir mit SILKY4FUTURE entgegenwirken und Kindern und Jugendlichen die Chance geben, ihre Stärken zu erkennen und mit Zuversicht die eigene Zukunft zu gestalten.“

Sabine Wild, Projektleitung SILKY4FUTURE

Wie SILKY4FUTURE wirkt: Methoden, Haltung, Vernetzung

Was SILKY4FUTURE auszeichnet, ist nicht nur das Was, sondern das Wie: individuell, bedarfsorientiert, ohne Standardweg. Armutssensibilität und Haltungsreflexion sind feste Bestandteile.

Ein wichtiger Aspekt des Projekts neben der Arbeit mit den Teilnehmenden ist die kontinuierliche fachliche Weiterentwicklung des Projekts und der Mitarbeitenden. In der verbleibenden Projektlaufzeit sollen weitere Themen in den Blick genommen werden, etwa Medienkompetenz und Mediensucht, psychische Belastungen junger Menschen und ihrer Familien sowie Demokratiebildung.

Auch der hohe Vernetzungsgrad innerhalb des Projekts, über die Grenzen der Träger hinaus, in den Kommunen und Netzwerken ermöglicht den kollegialen Austausch, bei Bedarf die notwendige Weitervermittlung ins Hilfesystem, Nutzung von Synergieeffekten und nahezu lückenlose Arbeit entlang der Präventionsketten.

Ergänzt wird die Projektarbeit durch Aufklärungs- und Lobbyarbeit – auf regionaler Ebene bei den Projektpartnern und durch den Paritätischen, der im Rahmen der Lobbyarbeit die gewonnenen Erkenntnisse aus dem Gesamtprojekt und die daraus entstehenden Bedarfe in den politischen Diskurs einbringt.

„Armut ist häufig schambesetzt und bleibt deshalb unsichtbar. Viele junge Menschen erleben Einschränkungen ihrer gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe, ohne dass ihre Lebenssituation als Armut wahrgenommen wird. Neben finanziellen Belastungen begegnen ihnen Vorurteile, Ausgrenzung, Klassismus und weitere Formen von Diskriminierung. Soziale Arbeit hat hier einen wichtigen Auftrag: versteckte Armut sichtbar zu machen, sie zu thematisieren und gemeinsam mit den Betroffenen geeignete Maßnahmen zur Abmilderung von Kinder- und Jugendarmut zu entwickeln.“

Michael Groh, Waldhaus Jugendhilfe, Bereichsleitung Kommunale Jugendsozialarbeit

Nah dran: SILKY4FUTURE bei der Waldhaus Jugendhilfe

Von Tamara Steinberg, Projektmitarbeiterin bei SILKY4FUTURE am Standort Leonberg

Unter der Trägerschaft der Waldhaus Jugendhilfe begleitet SILKY4FUTURE an drei Standorten im Landkreis Böblingen Jugendliche von 14 bis 18 Jahren und deren Familien, die von Armut betroffen sind. Die Fachkräfte unterstützen bei Alltagsfragen, Lernproblemen, Freizeitgestaltung und persönlichen Herausforderungen, vermitteln in passende Angebote und schaffen mit Gruppenangeboten Räume für Austausch, Gemeinschaft und gegenseitige Unterstützung.

Vielfalt als Prinzip

Am Standort entstanden vielfältige LABs: Im Finance LAB „Let‘s talk about money“ werden Finanzbildung und -kompetenz vermittelt. Das Social LAB „Empowerment“ bietet individuelle Begleitung für Familien und Bedarfsgemeinschaften. Das Social LAB „Me-Time“ ermöglicht jungen Menschen persönliche Zeit mit einer Fachkraft außerhalb institutioneller Räume, die sie selbst gestalten können und sich im geschützten Rahmen öffnen können.

Stärken entdecken, Chancen nutzen

Ein besonderer Schwerpunkt von SILKY4FUTURE liegt auch auf dem Übergang von der Schule in den Beruf. Mit dem Future LABs boten die Projektmitarbeitenden unter anderem einen Workshop an der Gemeinschaftsschule in Grafenau an: Die Achtklässler*innen entdeckten mit theaterpädagogischen Übungen ihre eigenen Stärken und lernten, diese selbstbewusst zu benennen und zu präsentieren. Anschließend ging es praktisch um Lebenslauf, Anschreiben, Praktikum und Ausbildung. Dabei wurde deutlich: Das Potential von Jugendlichen wird sichtbar, wenn sie den Raum haben, es zu entdecken und zeigen.

Mit SILKY4FUTURE wird dieser Auftrag konkret umgesetzt. Zugänge werden geschaffen, Ressourcen gestärkt und Teilhabe ermöglicht. Die Jugendlichen schöpfen dabei viel Kraft aus der Gemeinschaft, merken, dass sie mit ihren Sorgen nicht allein sind, und unterstützen sich gegenseitig mit Erfahrungen, Mut und praktischen Tipps. Das ist nicht nur eine Frage sozialer Gerechtigkeit – es ist eine Investition in die Zukunft einer ganzen Region.



© Waldhaus gGmbH | Vanessa Frey

KONTAKT

Michael Groh
Bereichsleiter Kommunale Jugendsozialarbeit und Teilprojektleitung SILKY4FUTURE
Telefon 07034 931 741
groh@waldhaus-jugendhilfe.de

Waldhaus gGmbH
https://www.waldhaus-jugendhilfe.de/bereiche/kommunale-jugendsozialarbeit/silky4future/

Wenn Empowerment wirkt: Fatima und ihre Erfolgsgeschichte

Fatima (*2008 in Damaskus) kam 2021 mit ihrer Familie nach Deutschland. Als sie neu in die Stadt zog, war sie viel allein: ohne Freunde, einer fremden Sprache und noch unbekannten Regeln. Seit 2022 nahm sie an SILKYplus und nun auch an der SILKY4FUTURE -Gruppe der Waldhaus Jugendhilfe teil.

Den Einstieg fand Fatima über das Social LAB – den Ort im Projekt, der zuerst Vertrauen, Sicherheit und Zugehörigkeit schafft durch Gruppenangebote, gemeinsame Aktivitäten, das Gefühl, gesehen zu werden:

Mir hat SILKY4FUTURE sehr geholfen als ich neu in die Stadt gezogen bin. Es hat mir geholfen, dass es Menschen gibt, mit denen man immer reden kann, wenn es Probleme gibt und die einem helfen. Die Mitarbeiterinnen haben wie eine Familie auf alle geachtet und darauf, dass es bei der Gruppe allen gut geht. Egal woher man kommt, welche Kultur man hat, egal wie man aussieht, alle Menschen in dieser Gruppe sind gleich und es gibt keinen Unterschied zwischen uns. Egal ob wir Mädchen oder Jungs sind. Jeder hat die gleiche Chance und ist wichtig. – Fatima

Im Social LAB erlebte Fatima auch, was kleine Gesten bedeuten können. Was nach außen banal wirkt, trägt innen: Zugehörigkeit lässt sich nicht verordnen, sie entsteht in solchen Momenten.

Es gibt Tee, wenn sich jemand krank fühlt und beim Geburtstag bekommt man einen Muffin und eine Kerze. Und ein Muffin und eine Kerze bedeuten halt richtig viel. Man denkt, dass es richtig billig ist und nicht viel wert – aber es hat eine richtig teure Bedeutung. Weil man denkt halt: SILKY4FUTURE hat an meinen Geburtstag gedacht. Die Eltern sind vielleicht beschäftigt und haben zu viel zu tun und haben vielleicht nicht dran gedacht oder sie haben kein Geld um zu feiern. In der Gruppe bekommt jeder schöne Wünsche, wir singen zusammen – wir versuchen es auf allen Sprachen. – Fatima

Mit wachsendem Vertrauen öffneten sich weitere LABs. Im Future LAB arbeitete Fatima an ihrer schulischen und beruflichen Orientierung: Wo liegen meine Stärken? Was will ich werden? Wie schreibe ich einen Lebenslauf, wie bewerbe ich mich?

Ich möchte mich einsetzen für Gerechtigkeit und gleiche Chancen für alle. Ich habe selbst erlebt, wie es sich anfühlt in ein neues, fremdes Land zu kommen. Es ist sehr schwer und man braucht jemanden, der immer neben einem ist und hilft und unterstützt. Sicherheit, Wärme und Liebe, das ist wichtig. – Fatima

Heute geht Fatima auf Menschen zu. Sie war Klassensprecherin, erhielt zweimal den Sozialpreis ihrer Schule und einen Preis für ihren besonders guten Schulabschluss. Im Frühjahr 2026 reichte sie ein Gedicht beim Kreativwettbewerb „Deine Stimme. Dein Zeichen. #gegenRassismusfür Demokratie“ ein – und erhielt dafür den Sonderpreis der Stadt Leonberg.



© Privat/Erza Morina

Dann kam ich nach Deutschland, mit dreizehn Jahren. Nicht aus Neugier, sondern aus Schutz. Neue Sprache, neue Straßen, neue Regeln. Jeder Satz ein Stolpern, jedes Wort ein Mutversuch. Manchmal wollte ich nur schreien, weil niemand meine Gedanken verstand. Ich musste lernen, zu lächeln, während mein Herz noch die Schreie der Nacht hörte. […] Wir tragen Krieg nicht laut, sondern leise, in Erinnerungen, die man nicht sieht. Und vielleicht ist Heimat heute nicht dort, wo alles begann, sondern dort, wo man trotz allem neu anfangen darf. – Fatima: Zwischen gestern und heute

Fatimas Geschichte steht exemplarisch für das, was SILKY4FUTURE leisten kann: Kompetenzen vermitteln, Teilhabe ermöglichen und Zugehörigkeit schaffen.

SILKY4FUTURE wird vom Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit aus Mitteln der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus in Baden-Württemberg und aus Landesmitteln gefördert.

Kofinanziert von der Europäischen Union

Kofinanziert vom Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit Baden-Württemberg

Was wir verändern können:
Armutssensibilität in der Praxis

Von Jennifer Albani

Was macht man als Elternteil, wenn die Turnschuhe für den Sportunterricht zu klein sind, das Geld für ein neues Paar aber erst im nächsten Monat reicht? Wie fühlt es sich an, das eigene Kind ohne ausreichendes Frühstück oder Vesper in die Schule zu schicken? Und was sagt ein Kind in der Erzählrunde nach den Ferien, wenn es wieder nicht von einem Urlaub oder besonderen Ausflügen berichten kann?

Solche Situationen machen deutlich: Armut beeinflusst die Chancen von Kindern und Jugendlichen auf Bildung, Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe. In Baden-Württemberg ist fast jedes fünfte Kind armutsgefährdet. Die vom Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit Baden-Württemberg geförderten Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut setzen hier an: In 29 Stadt- und Landkreisen bringen sie Akteur*innen, Angebote und Strukturen zusammen. Ziel ist eine, abgestimmte kommunale Infrastruktur zu schaffen und weiterzuentwickeln, die Teilhabechancen verbessert, Angebotslücken schließt und Familien in schwierigen Lebenslagen unterstützt.

Fortbildungscurriculum „Armutssensibel handeln“

Wissen vertiefen, Haltung reflektieren, Handlungsmöglichkeiten entwickeln: Das Curriculum „Armutssensibel handeln“ wurde im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Arbeit und Gesundheit entwickelt. Es richtet sich an Fach- und Führungskräfte der Sozialen Arbeit sowie der öffentlichen Verwaltung. Ein Basismodul vermittelt Grundlagen, zwei Aufbaumodule vertiefen die Perspektiven von Verwaltung und Sozialer Arbeit. Ablaufpläne, Präsentationen und Arbeitsmaterialien ermöglichen die eigenständige Durchführung.

Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut
Weitere Informationen zum Fortbildungscurriculum finden Sie auf: https://www.starkekinder-bw.de/umsetzung-vertiefung/armutssensibilitaet



© FamilienForschung BW

KONTAKT
Jennifer Albani
Referentin „Armut & Teilhabe“
Telefon 0711 641-2728
Jennifer.Albani@stala.bwl.de
FamilienForschung im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg
Raiffeisenplatz 5, 70736 Fellbach
https://www.starkekinder-bw.de

Dabei kommt es nicht allein darauf an, welche Angebote vor Ort vorhanden sind, sondern auch darauf, wie niedrigschwellig und ansprechend sie ausgestaltet sind. Denn Zugänge, Regeln und Routinen ebenso wie die persönliche Haltung von Fachkräften können Hürden für betroffene Kinder und Familien aufbauen – oder abbauen. So mag bei vielen Fachkräften eine wertschätzende Haltung gegenüber armutsgefährdeten Familien vorhanden sein – Unsicherheit und Hilflosigkeit entstehen jedoch häufig im konkreten Tun.

Mit dem Fortbildungscurriculum „Armutssensibel handeln“ steht seit Anfang 2026 ein Instrument zur Verfügung, das auf Wunsch der kommunalen Präventionsnetzwerke und im Auftrag des Sozialministeriums Baden-Württemberg entwickelt wurde. Erfahrungen aus den Präventionsnetzwerken zeigen, wie wichtig die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema „armutssensibel handeln“ ist. Das offen zugängliche Curriculum bietet Organisationen die Möglichkeit, selbst einen Raum für die fachliche Auseinandersetzung mit dem Thema zu schaffen, die gewohnte Perspektive zu wechseln und ein fundiertes Verständnis der strukturellen Ursachen von Armut und deren Auswirkungen auf unterschiedliche Lebenslagen zu entwickeln. Im Mittelpunkt stehen drei miteinander verbundene Ebenen: Wissen, Haltung, Handeln. Wissen über Armut wird vermittelt, die eigene Haltung reflektiert und Spielräume für konkrete Handlungsmöglichkeiten entwickelt. Das Curriculum kann innerhalb einzelner Einrichtungen oder Professionen eingesetzt werden, wird aber auch als einrichtungs- und bereichsübergreifendes Fortbildungsangebot als Gewinn erlebt. So wird Armutssensibilität zur professionellen Querschnittsaufgabe. Denn Teilhabe entscheidet sich nicht nur daran, ob es ein Angebot gibt, sondern auch daran, wie Menschen gesehen, angesprochen und mitgedacht werden: strukturell, institutionell und individuell.

Jennifer Albani ist Referentin bei der FamilienForschung BW und arbeitet und berät zu den Themenschwerpunkten „Armut & Teilhabe“ sowie „Demografie & Generationen“.


© adam winger | unsplash

Bildung als Schlüssel zur echten Chance und Teilhabe

Der Nationale Bildungsbericht 2026 zieht eine nüchterne Bilanz: Chancengleichheit bleibt „ein nicht eingelöstes Versprechen“, so Kai Maaz, Sprecher der Autor*innen-gruppe des Bildungsberichts. Die soziale Herkunft entscheidet in Deutschland nach wie vor maßgeblich darüber, welche Bildungswege einem Kind offenstehen – von der Kita bis zur Weiterbildung.

Von Kerstin Hahn

Schon beim Zugang zur frühkindlichen Bildung zeigen sich Unterschiede: Kinder aus Familien mit niedrigem Bildungs-abschluss besuchen Kitas seltener als andere. Herkunfts-bedingte Kompetenzunterschiede zeigen sich früh und bleiben im Schulverlauf wirksam. An den Übergängen zu weiter-führenden Bildungsgänge, in Ausbildung und Studium ver-stärkt sich die soziale Selektion – formal sind die Wege offen, aber sozial sehr ungleich genutzt. Selbst im Erwachsenen-alter wird Weiterbildung deutlich häufiger von formal höher Qualifizierten wahrgenommen.

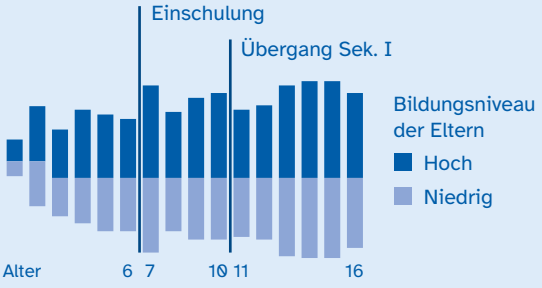
Besonders deutlich wird das bei den Basiskompetenzen: Fehlen sie, sind die Teilhabechancen ungleich verteilt – mit Folgen weit über die Schulzeit hinaus. Rund acht Prozent eines Jahrgangs verlassen die Schule ohne Abschluss. 2024 lebte etwa jedes vierte Kind in Deutschland mit mindestens einer sozialen Risikolage. Gute Bildung ist dabei die wirk-samste Prävention gegen Armut: Sie eröffnet Erwerbschancen und durchbricht die Weitergabe von Benachteiligung über Generationen hinweg.

Der Bericht mahnt: Mehr finanzielle Ressourcen allein reichen nicht, entscheidend sind ihre Verteilung, Qualität und Steuerung. Zwischen 2024 und 2026 wurden bundesweit 347 Länder- und 13 Bundesmaßnahmen gegen Bildungs-ungleichheit gezählt – ein hohes Engagement, aber noch keine kohärente Gesamtstrategie.

Das Startchancen-Programm setzt hier an mit dem Ziel, Basiskompetenzen zu stärken und Herkunftsabhängigkeit von Bildungserfolg zu verringern. Für den Paritätischen ist klar: Echte Teilhabe braucht Investitionen entlang der gesamten Bildungskette, nicht nur punktuelle Programme.

Bildungsungleichheiten entstehen lange vor Schuleintritt und bleiben in der Schule weitgehend stabil

Kompetenzunterschiede von Kindern nach Bildungsniveau der Eltern



Bildung in Deutschland kompakt 2026 > Seite 17

Quelle: https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2026/pdf-dateien-2026/bildung_in_deutschland_2026_kompakt_web.pdf

Das Startchancen-Programm

Das Startchancen-Programm ist eine gemeinsame Initiative von Bund und Ländern für mehr Bildungsgerechtigkeit. Von 2024 bis 2034 werden rund **4.000 Schulen in sozial herausfordernden Lagen** mit insgesamt **20 Milliarden Euro** unterstützt. Im Mittelpunkt stehen die Stärkung grundlegender Kompetenzen – insbesondere **Lesen, Schreiben und Rechnen** – sowie eine nachhaltige Schul- und Unterrichtsentwicklung.

Die Förderung umfasst drei Bereiche:

- **Investitionen** in eine moderne und lernförderliche Schulumgebung
- ein **Chancenbudget** für passgenaue Maßnahmen vor Ort
- zusätzliche **Unterstützung durch Personal** und multiprofessionelle Teams

Ziel ist es, den Bildungserfolg stärker von der sozialen Herkunft zu entkoppeln.
https://zsl-bw.de/,Lde/startseite/im-fokus/im-fokus-scp


© Der Paritätische BW

KONTAKT
Kerstin Hahn
Referentin Bildung und Jugend
Telefon 0711 2155-249
hahn@paritaet-bw.de
Der Paritätische Baden-Württemberg
Hauptstraße 28, 70563 Stuttgart
https://www.paritaet-bw.de



© kit Jugendhilfe | Arne Krampe

Von der Ohnmacht zur Selbstwirksamkeit

Wie arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit (aJusa) Armutslagen verändert

Von Jutta Goltz und Alina Beck

Die Wege junger Menschen im Übergang sind oft brüchig. Die paritätische SROI-Analyse sowie die Ergebnisse des landesgeförderten Projektes „SLAY! Your career“ in der aJusa zeigen: Junge Menschen am Übergang Schule-Beruf in Baden-Württemberg stehen vor multiplen Problemlagen. Sie sind arbeitslos oder suchen eine Ausbildung und haben keinen Zugang zu Hilfesystemen. Zunehmende psychische Belastungen, prekäre Wohnverhältnisse und fehlende Schulabschlüsse prägen ihren Alltag. Für sie reicht eine Maßnahme nicht — es braucht Bildung, Qualifizierung und vor allem: **Handlungsfähigkeit**.

Handlungsfähigkeit als Schlüssel

aJusa konzentriert sich auf benachteiligte junge Menschen, ihre Entwicklungsmöglichkeiten, Interessen, Ressourcen und Bedarfen und nicht auf eine schnelle Passung oder Verwertbarkeit.

Die Wirkungsanalyse des Projekts „SLAY! Your career“ zeigt eindrucksvoll, wie das funktioniert: Die Teilnehmenden erleben Selbstwirksamkeit, entwickeln Problemlösungskompetenzen und verbessern ihre Kommunikationsfähigkeit. Dies sind elementare Voraussetzungen für nachhaltige persönliche und berufliche Perspektiven.

Ein Beispiel aus der Praxis: die ZukunftsWerkstatt

kit Jugendhilfe aus Tübingen bietet mit der ZukunftsWerkstatt ein niederschwelliges tagesstrukturierendes Gruppenangebot – junge Menschen arbeiten konkret im Handwerk, Kreativbereich (Atelier, Musikwerkstatt), Fahrradwerkstatt und im Gemeinwesen mit (Betrieb eines Umsonstladens). Einzelgespräche, Praktika, Exkursionen flankieren das Ganze. Alles ist freiwillig, sanktionsfrei, höchst partizipativ und konfliktfreudig. >

< Die jungen Menschen kommen so lange sie die Unterstützung benötigen, können Schleifen drehen, nutzen das verlässliche Beziehungsangebot. Sie erleben: Ich bin wichtig, meine Meinung zählt, ich kann etwas vor Ort bewirken. Sie entdecken (neue) Kompetenzen und das stärkt ihre Motivation.

Warum aJusa Armut bekämpft

Junge Menschen in Armutslagen haben bislang keine Stimme, keine Lobby – sie brauchen Orte, an denen sie Teilhabe, Anerkennung und Partizipation erfahren können, sie benötigen Unterstützung bei der Bewältigung von Polykrisen.

Darin liegt die gesellschaftliche Wirkung von aJusa: Junge Menschen erfahren, dass Systeme sie erreichen und halten, dass ihre Meinung zählt. Sie gewinnen Vertrauen in Institutionen und entwickeln so jene demokratische Resilienz, die eine offene Gesellschaft braucht. Das ist kein Nebeneffekt. Das ist Kern von Teilhabe und Armutsbekämpfung.

Damit aJusa nicht länger ein Leuchtturmprojekt bleibt, braucht es **verlässliche Finanzierung und vertrauensvolle Zusammenarbeit im System**. Angesichts der Jugendarmut und Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg ist das nicht optional — es ist ein längst überfälliger Schritt. Und es wirft eine größere Frage auf: Wie wollen wir den Übergang von Schule in Beruf gestalten?



© Steffen Müller-Klenk

KONTAKT

Jutta Goltz
Bereichsleiterin Bildung, Teilhabe und soziale Integration
Telefon 07071 5671-202
jutta.goltz@kit-jugendhilfe.de

kit jugendhilfe in Tübingen
Lorettoplatz 30
72072 Tübingen
https://www.kit-jugendhilfe.de



© Der Paritätische BW

Alina Beck
Referentin für arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit
Bereich Arbeit und Qualifizierung
Telefon 0711-2155 172
beck@paritaet-bw.de

Der Paritätische Baden-Württemberg
Hauptstraße 28
70563 Stuttgart
https://paritaet-bw.de/verband/projekte/slay-your-career-modell-projekt-zur-arbeitsweltbezogenen-jugendsozialarbeit

Arbeit fördern, Qualifizierung ermöglichen, Armut überwinden

Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik als wirksame Ansätze zur Armutsbekämpfung

Von Michael Körner

Armut ist in Deutschland eng mit dem Bildungsstand und dem Erwerbsstatus der Betroffenen verknüpft: Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss sind mit knapp 30 Prozent doppelt so häufig von Armut betroffen als der Durchschnitt (16 Prozent). Arbeitslose weisen ein besonders hohes Armutsrisiko auf: 65,5 Prozent vs. 6,8 Prozent bei Erwerbstätigen). Der Zusammenhang erklärt sich durch ungleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss und geringer beruflicher Qualifikation haben einen erschwerten Zugang zu stabiler, gut bezahlter Beschäftigung. Sie arbeiten häufiger im Niedriglohnsektor, in Teilzeit oder unter unsicheren Vertragsbedingungen und sind zugleich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, was ihr Armutsrisiko zusätzlich erhöht.



© Wabe gGmbH | Felix_Groteloh

Wege aus der Armut: Prävention und Integration

Ein stabiles, existenzsicherndes Erwerbseinkommen ist der wichtigste Schutz vor Armut. Für die wirksame Bekämpfung von Armut braucht es deshalb:

1. Soziale Sicherung: Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht vollständig durch Erwerbsarbeit sichern können (z. B. Rentner oder Menschen mit chronischen Erkrankungen), benötigen existenzsichernde Sozialleistungen und eine auskömmliche Alterssicherung.
2. Arbeitsmarktpolitik: Zudem muss eine Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik Chancen auf gut bezahlte Beschäftigungsverhältnisse schaffen und Armut somit präventiv entgegenwirken.

Entscheidend ist, dass auf nachhaltige Integration gesetzt wird, nicht auf schnelle Vermittlung in prekäre Beschäftigung. Menschen mit geringer Qualifikation brauchen Orte, an denen die individuelle Lebenslage geblickt und ihnen Vertrauen geschenkt wird ihre Potenziale und Fähigkeiten entwickelt werden. Die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen sind solche Orte. Sie betrachten die Fähigkeiten, gesundheitliche und familiäre Situation sowie Hürden beim Arbeitsmarktzugang wie etwa Sprachbarrieren oder nicht anerkannte Abschlüsse.

„Langzeitarbeitslosigkeit und Armut ist kein einheitliches Phänomen, sondern spiegelt ganz unterschiedliche Lebenslagen wider – von Alleinerziehenden mit fehlender Kinderbetreuung über Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, von Sprachbarrieren bis hin zu psychischen Erkrankungen oder den Folgen des Strukturwandels. Aktive Arbeitsförderung ist ein wichtiger Impuls für die Wirtschaft, da sie dazu beiträgt, ungenutzte Potenziale zu aktivieren und dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Damit diese positiven Effekte wirken können, braucht es jedoch dauerhaft tragfähige, planbare und ausreichend finanzierte Strukturen.“

Frank Dehring, Geschäftsführer der Wabe gGmbh, https://www.wabe-waldkirch.de

„Meine Familie hatte immer finanzielle Sorgen. Trotzdem wollte ich nach dem Abitur Lehrer werden und begann mit dem Studium. Doch ich konnte es mir nicht leisten und musste abbrechen. Nach einer Neuorientierung begann ich eine Arbeitsgelegenheit in der Holzwerkstatt. Das hat mir gezeigt, dass ich mit meinen Händen arbeiten und ein Ergebnis sehen möchte. Am 1. September habe ich eine Ausbildung zum Schreiner begonnen. Das bedeutet für mich die Chance auf mehr Unabhängigkeit, Sicherheit und ein selbstbestimmtes Leben.“

Tim Farber, Teilnehmender bei einem Projekt der Wabe gGmbH

Die Rolle öffentlich geförderter Beschäftigung

Für Langzeitarbeitslose können Instrumente der öffentlich geförderten Beschäftigung (z. B. die „Arbeitsgelegenheiten“) eine wichtige Brücke sein. Sie ermöglichen es – bei guter Begleitung und Einbettung – Menschen regelmäßig tätig zu sein, neue Fertigkeiten zu erproben und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln. Arbeit leistet mehr als nur „Broterwerb“: Sie gibt dem Alltag Struktur, ermöglicht soziale Kontakte und gesellschaftliche Teilhabe. Je nach individueller Situation kann der nächste Schritt eine Ausbildung, Weiterbildung, Umschulung sein, oder der Übergang in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit.

Unterstützung und Verlässlichkeit

Die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen verbinden Arbeits- und Beschäftigungsförderung mit Beratung, psychosozialer Unterstützung und Qualifizierung – so z. B: die Wabe gGmbH in Waldkirch. So wird aus einem Förderinstrument ein Weg zurück in Arbeit und ein selbstbestimmtes Leben. Damit diese Arbeit auch in Zukunft dauerhaft wirken kann, braucht es verlässlich finanzierte Angebote, ausreichend lange Förderzeiträume und flexible, passgenaue Fördermöglichkeiten.



© Der Paritätische BW

KONTAKT
Dr. Michael Körner
Leitung Bereich Arbeit & Qualifizierung
Telefon 0711-2155 174
koerner@paritaet-bw.de
Der Paritätische Baden-Württemberg
Hauptstraße 28
70563 Stuttgart
https://www.paritaet-bw.de

Armut trotz Arbeit

Der blinde Fleck im Werkstättensystem

Von Michael Auen

Einer der Sätze, die schnell gesagt sind, lautet: Werkstätten für Menschen mit Behinderung geben Struktur, Arbeit und Gemeinschaft. Doch darin fehlt oft ein entscheidender Teil: Wer dort arbeitet, bleibt meistens arm – trotz Beschäftigung, Leistung und täglicher Präsenz am Arbeitsplatz. Genau hier liegt der blinde Fleck eines Systems, das Teilhabe verspricht, aber vielen Menschen die wirtschaftliche Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben vorenthält.

Arbeit die wirtschaftliche Grundlage vorenthält

Die Zahlen sind bekannt und ernüchternd: Nach der BMAS-Entgeltstudie liegt das durchschnittliche Monatsentgelt in Werkstätten bei 226 Euro. Davon lässt sich kein selbstständiges Leben finanzieren. Es ist ein Lohn, der Arbeit benennt, aber keine Unabhängigkeit ermöglicht. Weil Werkstattbeschäftigte rechtlich nicht als Arbeitnehmer*innen gelten, haben sie auch keinen Anspruch auf Mindestlohn.


© plexel | mat843

Das klingt technisch, ist aber im Leben der Betroffenen ganz konkret. Wer vom Werkstattentgelt nicht leben kann, braucht Grundsicherung, Erwerbsminderungsrente oder andere Leistungen. Hilfe wird zur Dauerstruktur; Unterstützung zur Bedingung des Alltags. So entsteht ein System, in dem finanzielle Selbstständigkeit kaum wachsen kann. Rücklagen für einen Urlaub, eine größere Anschaffung oder private Vorsorge bleiben oft unerreichbar. Selbstbestimmung beginnt aber nicht erst bei großen Lebensentscheidungen. Sie beginnt bei der Frage, ob man über das eigene Geld verfügen kann.

Hilfe wird zur Dauerstruktur

Besonders sichtbar wird diese Schieflage dort, wo Armut nicht nur eine einzelne Person betrifft, sondern die ganze Familie. Viele Menschen mit Behinderung leben lange im Elternhaus oder in familiären Bedarfsgemeinschaften. Leistungen wie Renten oder Pflegegelder fließen in ein gemeinsames Haushaltsgefüge ein. Individuell gedachte Unterstützung wird unter prekären Bedingungen Teil des Familieneinkommens. Damit zeigt sich: Armut im Werkstättensystem ist nicht bloß eine private Lebenslage, sondern wird durch Regeln, Zuständigkeiten und Routinen der sozialen Infrastruktur mitgeprägt. Genau an dieser Stelle schließt Fabian Kessls Begriff der „Institutionellen Armuts(re)produktion“ an.

Kessls Perspektive vertieft diesen Befund, weil sie zeigt, wie Institutionen Armut nicht nur lindern, sondern unter bestimmten Bedingungen auch stabilisieren können. Armut wird demnach nicht nur festgestellt und bearbeitet, sondern durch Verfahren, Zuständigkeiten und Statuszuweisungen auch mit hervorgebracht. Im Werkstättensystem zeigt sich dies in der Trennung von Arbeit und existenzsicherndem Einkommen besonders deutlich: Die Beschäftigten leisten Arbeit, bleiben aber rechtlich und finanziell in einer Sonderlogik verortet, die Bedürftigkeit dauerhaft voraussetzt. So wird Teilhabe zwar organisiert, zugleich aber an Bedingungen geknüpft, die ökonomische Selbstständigkeit begrenzen und Abhängigkeit institutionell stabilisieren.

„Wer dort arbeitet, bleibt meistens arm – trotz Beschäftigung, Leistung und täglicher Präsenz am Arbeitsplatz. “

Selbstständigkeit wird zur Rechenaufgabe

Ein Auszug in eine eigene Wohnung oder in ein betreutes Wohnangebot ist dann nicht einfach ein Schritt in die Selbstständigkeit, sondern oft eine finanzielle Belastungsprobe. Erwachsene Menschen mit Behinderung wollen eigene Wege gehen; Familien wollen unterstützen und begleiten. Doch wenn jeder Euro zählt, wird Selbstständigkeit zur Rechenaufgabe. Was Christoph Butterwegge als Teufelskreis der Armut beschreibt, wird hier greifbar: Armut begrenzt Handlungsspielräume, verfestigt Abhängigkeiten und erschwert den Ausstieg.

Der Anspruch moderner Behindertenpolitik klingt anders. Die UN-Behindertenrechtskonvention spricht vom Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, auf Teilhabe und auf Wahlfreiheit. Doch Wahlfreiheit setzt reale Möglichkeiten voraus. Wer nur theoretisch ausziehen kann, praktisch aber ein finanzielles Risiko für die eigene Familie auslöst, ist nicht wirklich frei. Wer arbeitet, aber ohne Transferleistungen nicht leben kann, erlebt Teilhabe unter Vorbehalt.

Werkstättensystem verfestigt Lebenslage

Vor diesem Hintergrund wirkt auch der Weg hinaus besonders schmal. Werkstätten sollen Brücken auf den allgemeinen Arbeitsmarkt bauen. In der Praxis führen diese Brücken nur selten ans andere Ufer. Die Übergangsquote liegt seit Jahren unter einem Prozent; die BMAS-Studie nennt für den Untersuchungszeitraum 0,35 Prozent. Das heißt: Wer einmal im Werkstattsystem angekommen ist, bleibt meistens dort. Damit verfestigt sich nicht nur in beruflicher Sonderweg, sondern auch eine finanzielle Lebenslage.

Das alles ist kein Plädoyer gegen Werkstätten. Viele Menschen finden dort Halt, Bildung, soziale Kontakte, Tagesstruktur und sinnvolle Arbeit. Gerade deshalb muss die Kritik präzise sein: Nicht unterstützte Beschäftigung ist das Problem, sondern ihre soziale Architektur. Arbeit wird ermöglicht, aber nicht armutsfest vergütet; Schutz wird organisiert, doch Übergang bleibt Ausnahme; Teilhabe wird versprochen, während ökonomische Abhängigkeit fortbesteht.



© Stock | Anna Stills

Die politische Entscheidung hinter der Armut

Wer es mit Inklusion ernst meint, darf nicht nur über ein paar Euro mehr Werkstattentgelt sprechen. Entscheidend ist, ob Arbeit Teilhabe ermöglicht oder Armut fortschreibt. Armut ist hier kein Unfall, sondern System. Ob Werkstätten echte Teilhabe schaffen oder Abhängigkeit verwalten, entscheidet sich genau daran.

„Arbeit wird ermöglicht, aber nicht armutsfest vergütet; Schutz wird organisiert, doch Übergang bleibt Ausnahme; Teilhabe wird versprochen, während ökonomische Abhängigkeit fortbesteht.“

Michael Auen ist Vorstandsvorsitzender der Lebenshilfe Karlsruhe, Ettlingen und Umgebung e.V. sowie Mitglied im Aufsichtsrat des Paritätischen Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg.



© Lebenshilfe Karlsruhe e.V.

KONTAKT
Michael Auen
Vorstandsvorsitzender
Lebenshilfe Karlsruhe, Ettlingen und Umgebung e.V.
Steinhäuserstraße 18c, 76135 Karlsruhe
Telefon 0721 831612-0
kontakt@lebenshilfe-karlsruhe.de
https://www.lebenshilfe-karlsruhe.de

Wohnungslosigkeit beginnt vor dem Wohnungsverlust

Warum Baden-Württemberg Prävention stärken, Wohnraum sichern und den sozialen Wohnungsbau weiter ausbauen muss.

Von Florian Dirr

Wohnen ist zur sozialen Frage geworden. Steigende Wohnkosten verschärfen Armut, immer mehr Menschen geraten in Wohnungsnot und die Wohnungsnotfallhilfe arbeitet vielerorts an ihren Belastungsgrenzen. Baden-Württemberg braucht deshalb einen Strategiewechsel: Wohnungslosigkeit beginnt häufig lange vor dem eigentlichen Wohnungsverlust – und genau dort muss Prävention ansetzen.

Die Zahlen sind dramatisch: In Baden-Württemberg gelten laut Bundesmedian über 13 Prozent der Bevölkerung als armutsgefährdet. Werden die tatsächlichen Wohnkosten berücksichtigt, steigt die Quote auf knapp 20 Prozent. Nach Abzug der Wohnkosten leben rund 2,2 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze.
Die Wohnarmutsanalyse des Paritätischen Gesamtverbands macht deutlich: Wohnen ist selbst zu einem Armutsrisiko geworden.

Wohnungsnotfallhilfe unter Druck

Die Entwicklung wirkt sich unmittelbar auf die Hilfesysteme aus. Eine aktuelle Erhebung der Wohlfahrtsverbände in Baden-Württemberg 2025 weist erneut einen Höchststand aus: 13.795 Menschen (7.286 in den Landkreisen und 6.509 in den Stadtkreisen) wurden zum Stichtag 26.09.2025 von freigemeinnützigen Trägern der Wohnungsnotfall- und Straffälligenhilfe betreut – drei Prozent mehr als in 2024.

Aktuelle Daten zur Unterbringung wohnungsloser Menschen unterstreichen dies: Zum 31. Januar 2026 waren in Baden-Württemberg 90.810 wohnungslose Menschen untergebracht. Der Landesdurchschnitt liegt bei etwa 81 untergebrachten wohnungslosen Personen je 10.000 Einwohner*innen. Die regionalen Unterschiede sind erheblich; besonders hohe Quoten finden sich sowohl in einzelnen Großstädten als auch in mehreren Landkreisen. Wohnungslosigkeit ist damit kein ausschließlich großstädtisches Phänomen, sie ist eine landesweite Herausforderung.

Prävention zum landesweiten Prinzip machen

Wirksame Prävention muss lange vor dem eigentlichen Wohnungsverlust ansetzen. Eine bestehende Wohnung zu sichern, muss Vorrang davor haben, Wohnungslosigkeit nachträglich zu bewältigen. Expert*innen wie z. B. der KVJS benennen dafür folgende Handlungsfelder: regionale Hilfestrukturen, verlässliche Datengrundlagen, integrierte Sozialplanung, die Weiterentwicklung und Verstetigung von Housing-First-Ansätzen, die Stärkung von Prävention sowie mehr bezahlbaren Wohnraum.

Baden-Württemberg braucht eine landesweite Präventionsstrategie gegen Wohnungslosigkeit. Zentral ist, dass bestehende Ansätze zu einer flächendeckenden Infrastruktur zur Wohnungssicherung ausgebaut werden, inkl. zentrale Fachstellen und vergleichbare präventive Strukturen sowie verbindliche Kooperationen zwischen Kommunen, Jobcentern, Sozialleistungsträgern, Wohnungswirtschaft, Justiz und freier Wohlfahrt. Drohende Wohnungsverluste müssen früh erkannt, Mietschulden möglichst vor Kündigung und Räumung reguliert und Beratung schnell und niedrigschwellig erreichbar werden.

Im sozialen Wohnungsbau zeichnet sich im Land inzwischen eine positive Entwicklung ab: Ende 2025 standen 56.072 Sozialwohnungen zur Verfügung – 1.316 mehr als im Vorjahr. Zugleich wurden Förder- und Reservierungszusagen für den Neubau von 3.367 Sozialwohnungen erteilt. Dennoch kann von einer Entspannung keine Rede sein. Nach aktuellen Berechnungen fehlen dem Land rund 205.800 bezahlbare Wohneinheiten. Die Zuwächse sind daher ein wichtiger Schritt, reichen aber noch nicht aus, um die über Jahre entstandene strukturelle Lücke zu schließen. Prävention allein ersetzt keine Wohnungspolitik. Eine wirksame Strategie gegen Wohnungslosigkeit muss deshalb beides zusammenführen: bestehenden Wohnraum sichern und deutlich mehr dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen.


© iStock | ENTphotography

19,9 %
der Menschen in Baden-Württemberg leben nach Berücksichtigung der Wohnkosten in Armut.

90.810
untergebrachte wohnungslose Menschen in Baden-Württemberg (Stichtag 31.01.2026).

2,2 Mio.
Menschen sind im Land von Wohnarmut betroffen

13.795
Menschen nahmen am LIGA-Stichtag 2025 Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII in Anspruch.

Housing First. Die Wohnung steht am Anfang

Housing First wurde Anfang der 1990er Jahre in New York entwickelt. Der Ansatz kehrt die „klassischen Prinzipien" der Wohnungslosennotfallhilfe um: Statt Bedingungen (Abstinenz, Therapie) vor einer Wohnung zu formulieren, ist die Wohnung die Basis für Unterstützung und Hilfe. Finnland bewies die Wirksamkeit: Seit 2008 als nationale Strategie umgesetzt, sank die Obdachlosigkeit von über 19.000 auf 3.686 Menschen (80 % Rückgang). Nebeneffekt: Einsparungen von etwa 32 Millionen Euro pro Jahr seit 2012. In Europa weit verbreitet, startete Deutschland 2018 in Berlin mit zwei Modellprojekten, die später in die Regelversorgung überführt wurden. Baden-Württemberg erprobt Housing First seit 2024 in sechs Modellprojekten.

Fragen an Florian Dirr

Was macht Housing First anders als traditionelle Wohnungslosenhilfe?

Housing First kehrt die klassische Logik um: Statt dass Menschen erst Hilfe und Unterstützung erhalten müssen, um später in eine Wohnung zu kommen, funktioniert es bei Housing First andersherum. Wohnungslose Menschen erhalten zunächst bedingungslos einen regulären Mietvertrag – idealerweise unbefristet. Die sozialpädagogischen Hilfen werden dann angeboten, welche Hilfeangebote und Unterstützung sie annehmen, entscheiden die Betroffenen. Das Ziel ist nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern eine dauerhaft stabile Wohnsituation, die als Grundlage für weitere Unterstützung dient.

Wie wird Housing First in Baden-Württemberg umgesetzt?

Baden-Württemberg erprobt diesen innovativen Ansatz seit 2024 zusammen mit der Vector Stiftung in sechs Modellprojekten: Heidelberg, Herrenberg, Esslingen, Freiburg, Reutlingen und im Mittleren Schussental / Ravensburg. Für diese Projekte stehen insgesamt rund 1,6 Millionen Euro zur Verfügung. Die Projekte sind teilweise speziell auf bestimmte Gruppen ausgerichtet – etwa Frauen mit Gewalterfahrungen oder junge wohnungslose Menschen.

Welche Perspektiven hat Housing First und welche Herausforderungen gibt es?

Die bisherigen Erfahrungen sind vielversprechend: Das Sozialministerium betont 2026 die positiven Ergebnisse und setzt sich für eine Fortführung nach Auslaufen der Modellförderung Anfang 2027 ein. Allerdings gibt es eine zentrale Herausforderung: Die Verfügbarkeit geeigneter Wohnungen. Housing First kann nur erfolgreich sein, wenn aus „Housing" tatsächlich Wohnraum wird – das bleibt die entscheidende Voraussetzung für die Weiterentwicklung als fester Baustein der Wohnungsnotfallhilfe.

Die Fragen stellte Miriam Kahrmann.


© Der Paritätische BW

KONTAKT
Florian Dirr
Leiter Bereich Krisenintervention und Existenzsicherung
Telefon 0711 2155-299
dirr@paritaet-bw.de
Der Paritätische Baden-Württemberg
Hauptstraße 28, 70563 Stuttgart
https://www.paritaet-bw.de

Arm, krank und wohnungslos

Wenn komplexe Lebenslagen auf ein versäultes Hilfesystem treffen.

Armut, psychische Erkrankungen und Wohnungslosigkeit verstärken sich häufig gegenseitig. Gerade Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf stoßen jedoch auf ein Hilfesystem, das nach Zuständigkeiten und Sozialgesetzbüchern organisiert ist. **Philip Klein** von SOZPÄDAL e.V. zeigt, wie Wohnraum und soziale Unterstützung zusammengedacht werden können.



© Adobe Stock | CRS-photo

Menschen, die arm sind oder ihre Wohnung verlieren, tragen ein erhöhtes Risiko, gesundheitlich zu erkranken. Umgekehrt können psychische Erkrankungen und Armut dazu beitragen, dass Menschen ihre Wohnung verlieren. Fehlender bezahlbarer Wohnraum, Stigmatisierung und Benachteiligung verschärfen diese Situation zusätzlich.

Komplexe Bedarfe, getrennte Systeme

Menschen in solchen Lebenslagen treffen auf ein versäultes Hilfesystem: Medizinisch-therapeutische Leistungen nach dem SGB V, Eingliederungshilfe nach dem SGB IX und Wohnungsnotfallhilfe nach dem SGB XII folgen unterschiedlichen Zuständigkeiten und Zugangswegen. Rechtskreisübergreifende Unterstützung ist entsprechend aufwendig zu organisieren. Gerade für Menschen, deren Alltag bereits von existenziellen Sorgen geprägt ist, entstehen daraus zusätzliche Hürden.

Die entscheidende Frage sollte deshalb nicht lauten, in welches Leistungssystem ein Mensch passt, sondern welche Unterstützung notwendig ist, um soziale Teilhabe wieder zu ermöglichen.

Die Wohnung als Ausgangspunkt

SOZPÄDAL e.V. verfolgt diesen Ansatz seit vielen Jahren. Bereits 1984 entstand mit BOW – Bürger*innen ohne Wohnung – ein ambulantes Angebot der Wohnungsnotfallhilfe. Der Verein mietet Wohnraum auf dem freien Wohnungsmarkt an und vermietet ihn mit Mietvertrag an Menschen weiter, die wohnungslos oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Ergänzt wird die Wohnraumversorgung durch ambulante wohnbegleitende Hilfen.

„Ohne Wohnung ist alles nichts!“

Dieser Grundsatz prägt die Arbeit des Vereins. Die Wohnung steht nicht erst am Ende eines erfolgreichen Hilfeprozesses, sondern bildet dessen Ausgangspunkt. Hinzu kommt eine individuell ausgerichtete, flexible Sozialarbeit, die Teilhabeeinschränkungen abbauen und neue Handlungsspielräume eröffnen soll. Grundlage ist eine verlässliche und vertrauensvolle Beziehung zwischen Fachkräften und unterstützten Menschen.

Hilfen am Menschen ausrichten

Durch Leistungsvereinbarungen sowohl für die Wohnungsnotfallhilfe nach dem SGB XII als auch für die Eingliederungshilfe nach dem SGB IX kann SOZPÄDAL Unterstützungsleistungen miteinander verbinden. Das Beispiel zeigt: Menschen leben nicht in sozialrechtlichen Zuständigkeiten. Wirksame Hilfen müssen sich deshalb an ihren tatsächlichen Lebenslagen orientieren.

Umso kritischer ist, dass solche Angebote angesichts schwieriger kommunaler Haushaltslagen von Kürzungen bedroht sind. Wer Wohnungslosigkeit bekämpfen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen will, muss Strukturen sichern, die Wohnraum und soziale Unterstützung konsequent miteinander verbinden.



© SOZPÄDAL e.V.

KONTAKT

Philip Klein
Sozialarbeit, Bereichsleitung
BOW BürgerInnen ohne Wohnung

SOZPÄDAL – Sozialpädagogische Alternativen e.V.
Scheffelstraße 37, 76135 Karlsruhe
Telefon 0721 840 891-10
verein@sozpaedal.de
https://www.sozpaedal.de

Sozpädal – Sozialpädagogische Alternative e.V. (Karlsruhe) setzt sich als gemeinnütziger Verein für benachteiligte, wohnungslose Menschen und junge Erwachsene ein und bietet u.a. Wohnungslosenhilfe und betreutes Wohnen.

Schuldnerberatung stärken Armut wirksam bekämpfen

Überschuldung ist mehr als ein finanzielles Problem: Sie verschärft Armut und gefährdet gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb braucht es eine verlässlich finanzierte, unabhängige und leicht zugängliche soziale Schuldnerberatung.

Von Neşe Noyan

Die Europäische Union zwingt zum Handeln: Mit der Richtlinie zur Schuldnerberatung hat die EU einen verbindlichen Rahmen geschaffen, um Verbraucher*innen präventiv Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten zu garantieren. Deutschland muss diese Vorgaben bis spätestens 2027 in nationales Recht umsetzen.

640.000 Menschen sind in Baden-Württemberg von Überschuldung betroffen

Das soll die europäische Verbraucherkreditrichtlinie in deutsches Recht umsetzen. Ziel ist es, Verbraucherinnen und Verbrauchern, die Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen haben oder haben könnten, den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten ermöglichen. Dahinter steht ein wichtiger Perspektivwechsel: Schuldnerberatung soll nicht erst greifen, wenn die Überschuldung bereits eingetreten ist, sondern möglichst frühzeitig unterstützen und damit präventiv wirken.

Dieser Ansatz ist ausdrücklich zu begrüßen. Die Erfahrungen aus der Beratungspraxis zeigen, dass frühzeitige Hilfen entscheidend sein können. Zahlungsrückstände lassen sich begrenzen, existenzsichernde Ansprüche durchsetzen und Wege aus finanziellen Schwierigkeiten entwickeln, bevor Wohnungslosigkeit, Energiesperren oder langwierige Insolvenzverfahren drohen. Prävention gelingt dort am besten, wo Unterstützung rechtzeitig, einfach und ohne Hürden erreichbar ist.

Politische Entscheidungen mit weitreichenden Folgen

Der Bundestag hatte sich bewusst dafür entschieden, Schuldnerberatungsdienste grundsätzlich kostenfrei anzubieten und Entgelte nur in eng begrenzten Ausnahmefällen zuzulassen. Dahinter stand die Überzeugung, dass Menschen nicht durch mögliche Kosten von der Inanspruchnahme notwendiger Hilfe abgehalten werden dürfen. In der Gesetzesbegründung wurde ausdrücklich betont, dass Ratsuchende nicht aus Sorge vor entstehenden Kosten von einer Beratung abgeschreckt werden sollen.

Der Vermittlungsausschuss hat diesen Grundsatz aufgegeben. Damit bleibt der Zugang zur Beratung grundsätzlich bestehen, gleichzeitig wird jedoch eine Hürde aufrechterhalten, die gerade für Menschen in finanziellen Schwierigkeiten von Bedeutung sein kann. Wer Schulden hat oder von Überschuldung bedroht ist, wägt häufig jeden Euro sorgfältig ab. Zudem sind weitere Sicherungsmechanismen wie ursprünglich vorgesehene Sicherstellungsauftrag der Länder, bundesrechtliche Regelungen zu den Anbietern von Schuldnerberatungsdiensten sowie Vorgaben zur Qualitätssicherung entfallen. Die Umsetzung wird damit weitgehend den bestehenden Strukturen und den jeweiligen Ländern überlassen.

Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass die vorhandenen Beratungsstrukturen die neuen gesetzlichen Anforderungen erfüllen können. Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung erreichen die Beratungsstellen derzeit rund 587.000 der etwa sechs Millionen überschuldeten Menschen in Deutschland – mit Wartezeiten von bis zu einem Jahr.

Die eigentliche Bewährungsprobe des Schuldnerberatungsdienstegesetzes (SchuBerDG) liegt daher nicht in seiner Verabschiedung, sondern in seiner Umsetzung. Schuldnerberatung ist komplexe Facharbeit, die rechtliche, wirtschaftliche, sozialarbeiterische und psychosoziale Kompetenzen vereint. Damit der gesetzliche Anspruch in der Praxis eingelöst werden kann, braucht es ausreichend Beratungskapazitäten, qualifizierte Fachkräfte und eine verlässliche Finanzierung.

Der präventive Ansatz ist ein wichtiger Schritt. Mit dem Wegfall der Kostenfreiheit, des Sicherstellungsauftrags und weiterer Qualitätsvorgaben bleibt aber eine erhebliche Diskrepanz zwischen Zielsetzung und Ausgestaltung bestehen. Ein wirksames System der Schuldnerberatung braucht daher mehr als einen gesetzlichen Rahmen. Es braucht verlässliche Strukturen, die finanzielle Hürden reduzieren und den Zugang zu qualifizierter Beratung frühzeitig ermöglichen.



© Der Paritätische BW

KONTAKT

Neşe Noyan
Referentin Bereich Krisenintervention & Existenzsicherung
Telefon 0711 2155-117
noyan@paritaet-bw.de

Der Paritätische Baden-Württemberg
Hauptstraße 28, 70563 Stuttgart
https://paritaet-bw.de/leistungen-und-services/bereiche/krisenintervention-und-existenzsicherung



© iStock.com | Piksel

Wenn Pflege zur Armutsfalle wird

Altersarmut und Pflegebedürftigkeit sind eng miteinander verknüpft. Besonders deutlich zeigt sich das bei Frauen, die einen großen Teil der unbezahlten Care-Arbeit übernehmen. Wer Angehörige pflegt, Kinder betreut oder seine Arbeitszeit zugunsten der Familie reduziert, riskiert Einbußen beim Einkommen und bei der späteren Rente. Frauen sind deshalb häufiger von Altersarmut betroffen als Männer.

Von Mirko Hohm

Immer mehr ältere Frauen sind armutsgefährdet

Die Zahlen sind alarmierend: 2024 waren in Baden-Württemberg rund 20 Prozent der Menschen ab 65 Jahren armutsgefährdet. Bei Frauen ab 65 Jahren lag die Quote mit gut 22 Prozent deutlich höher als bei Männern mit rund 16 Prozent.

Altersarmut ist häufig die Folge eines langen Erwerbslebens mit niedrigen Einkommen, Teilzeitarbeit und vor allem Unterbrechungen durch Kindererziehung und Angehörigenpflege. Besonders häufig betrifft dies Frauen, die einen großen Teil der unbezahlten Care-Arbeit übernehmen und dafür ihre Erwerbsarbeit reduzieren. Frauen stellen derzeit mit zwei Dritteln (63 Prozent) den größten Anteil der Pflegenden, im Schnitt investieren sie sechs Stunden mehr pro Woche in die Pflege als Männer.

Was während des Erwerbslebens als unbezahlte Fürsorge für Kinder, Partner oder Eltern geleistet wird, wirkt sich später in Form geringerer Einkommen und niedrigerer Rentenansprüche aus. Care-Arbeit ist gesellschaftlich unverzichtbar, wird aber noch immer zu einem großen Teil privat organisiert und finanziert.

Pflege kann zur Armutsfalle werden

Ende 2023 waren in Baden-Württemberg rund 625.000 Menschen pflegebedürftig knapp 85.000 mehr als zwei Jahre zuvor. Das entspricht einem Anstieg von 15,6 Prozent. Rund 85 Prozent der Pflegebedürftigen wurden zu Hause versorgt, fast 350.000 Menschen dabei ausschließlich durch Angehörige. Das entsprach fast 56 Prozent aller Pflegebedürftigen im Land. Gegenüber 2021 stieg diese Zahl um 20 Prozent.

19,7 %
der Menschen in Baden-Württemberg ab 65 Jahren sind armutsgefährdet

Davon

22,3 %
Frauen

16,4 %
Männer

gemessen am Landesmedian

Datenquelle: Mikrozensus Kern 2024, Gesellschaftsmonitoring-bw.de
Quelle: https://www.gesellschaftsmonitoring-bw.de/themenfelder/armut-und-reichtum/armut-armutsgefaehrdung/#toggle-id-7



© Der Paritätische BW

KONTAKT

Mirko Hohm
Bereichsleitung
Ältere Menschen und Pflege
Telefon 0711 2155-125
hohm@paritaet-bw.de

Der Paritätische Baden-Württemberg
Hauptstraße 28, 70563 Stuttgart
https://paritaet-bw.de/leistungen-und-services/bereiche/aeltere-menschen-und-pflege

Die Auswirkungen von Altersarmut auf die einzelnen Lebensbereiche

Psychische Gesundheit
- ↗ Unsicherheit, Stress, Scham
- ↗ Depressionen
- ↘ Lebenszufriedenheit

Soziale Teilhabe
- ↘ Soziale Kontakte
- ↗ Einsamkeit und Gefühl der Exklusion
- ↘ Gesellschaftliche Teilhabe

Sozialer Status
- ↘ Selbstwertgefühl und Autonomie
- ↗ Altersdiskriminierung

Wohnen / Wohnumfeld
- ↘ Wohlbefinden (z. B. wg. fehlender Barrierefreiheit)
- ↗ Mietbelastungsquote
- ↘ Kenntnis von Beratungs- und Treffangeboten

Mobilität
- ↗ Körperliche Einschränkungen im Alltag
- ↘ Bewegungsradius
- ↘ Nutzung von PKW und ÖPNv (zu teuer)

Digitalisierung
- ↘ Zugänge oft nicht vorhanden
- ↗ Umgang mit Ängsten verbunden

Hinter diesen Zahlen steht viel unbezahlte Arbeit. Besonders häufig übernehmen Frauen die Pflege von Eltern, Partnern oder anderen Angehörigen. Wer deshalb die Arbeitszeit reduziert oder ganz aus dem Beruf aussteigt, verdient weniger und kann langfristig geringere Rentenansprüche erwerben. So kann Care-Arbeit heute zur Altersarmut von morgen führen.

Besonders problematisch ist das für Familien mit geringem Einkommen. Sie können professionelle Unterstützung oft nicht bezahlen und sind deshalb stärker auf die eigene Arbeitskraft angewiesen. Wer über ausreichend Einkommen verfügt, kann einen Teil der Sorgearbeit auslagern, wer wenig verdient, muss häufiger selbst einspringen. So können sich soziale Ungleichheiten weiter verschärfen.

Pflege darf kein Armutsrisiko werden

Es reicht deshalb nicht, Care-Arbeit als private Aufgabe einzelner Familien zu betrachten. Wenn die Gesellschaft auf diese Arbeit angewiesen ist, muss sie auch sozial abgesichert werden. Nötig sind eine bessere Absicherung pflegender Angehöriger, verlässliche Unterstützungsangebote und eine Alterssicherung, die Pflege- und Betreuungszeiten berücksichtigt.

Gerade Frauen brauchen Schutz davor, dass die Übernahme von Sorge- und Pflegearbeit langfristig zu finanziellen Nachteilen und Altersarmut führt. Laut aktueller Bertelsmann Studie könnten rund 580.000 Frauen in Deutschland 2045 pflegebedingt weniger oder gar nicht erwerbstätig sein.

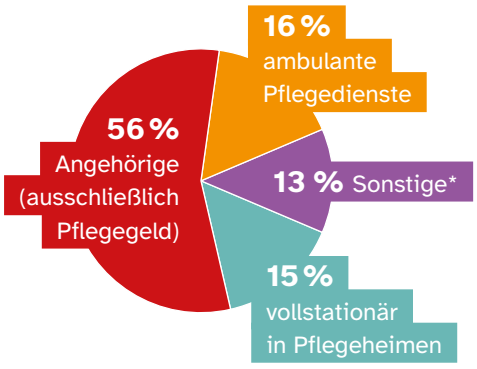
Altersarmut ist deshalb nicht nur ein Problem zu niedriger Renten. Sie ist auch eine Folge der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit.

Die entscheidende sozialpolitische Frage lautet: Wie organisieren und finanzieren wir notwendige Care-Arbeit, ohne diejenigen in die Armut zu treiben, die sie leisten?

Das geplante Pflegeneuordnungsgesetz bietet auf diese Frage keine Lösung. Im Gegenteil. Auch wenn nach umfangreicher Kritik die Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge von pflegenden Angehörigen zurückgenommen wurden geht die Reform trotz positiver Ansätze in den Bereichen Prävention und Rehabilitation mit maßgeblichen Kürzungen bei entlastenden Leistungen für pflegende Angehörige einher. So kann eine Unterstützung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen nicht gelingen, geschweige denn die Gefahr der Altersarmut durch Care-Arbeit gemindert werden.

Der Paritätische Baden-Württemberg engagiert sich als Partner im Bündnis gegen Altersarmut. http://buendnis-gegen-altersarmut.de

Die Versorgungssituation Pflegebedürftiger



625.000
Pflegebedürftige in BW

Davon werden

~530.000
Pflegebedürftige zu Hause gepflegt (85 %)

350.000
durch Angehörige versorgt (56 %)

BW in 2023

* Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1 und ausschließlich landesrechtlichen Leistungen bzw. ohne Leistungen der Heime und Dienste und Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1 und teilstationärer Pflege.

https://www.statistik-bw.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/2023-waren-rund-625000-menschen-in-baden-wuerttemberg-pflegebeduerftig/


© Tafel Deutschland e.V. | Nikolaus Urban

Stand Juni 2025

147
Tafeln in Baden-Württemberg

9.000
ehrenamtliche Helferinnen und Helfer engagieren sich

20 Jahre Landesverband der Tafel Baden-Württemberg:

Sozial, ökologisch und mehr als ein Ort der Lebensmittelabgabe

Udo Engelhardt über die Rolle und Bedeutung der Tafeln Baden-Württemberg.

Der Landesverband der Tafel feiert 2026 sein 20-jähriges Bestehen. Was hat sich in diesen zwei Jahrzehnten verändert?

Die Geschichte der Tafeln im Land reicht weiter zurück: Sie beginnt 1995, mit Vorläufern im Raum Stuttgart. Von dort stammt ein Modell, das bundesweit als Sondermodell gilt und nach meiner Schätzung über 90 Prozent der Tafeln im Land prägt. Statt Ausgabestellen in beliebigen Räumen entstanden Tafelläden, die Tante-Emma-Läden ähneln. Die Kund*innen wählen frei aus, was sie mitnehmen, und zahlen einen kleinen Obolus. Wir wollten das so nah wie möglich an einen normalen Einkauf bringen. Die Menschen sollen würdevoll und auf Augenhöhe auftreten, nicht als Almosenempfänger. Die Tafeln sind eine sozial-ökologische Bewegung, bei der die Rettung von Lebensmitteln untrennbar verbunden ist mit der Unterstützung von bedürftigen Menschen.

Was zeigt die aktuelle Tafelumfrage?

Im Referenzmonat Juni 2025 nutzten 231.000 unterschiedliche Personen (Erwachsene und Kinder) die 147 Tafeln im Land. 54 Prozent von ihnen waren Erwachsene zwischen 18 und 63 Jahren, 17 Prozent Kinder und 29 Prozent Senior*innen. Die Hälfte der Haushalte bezog Bürgergeld, 18 Prozent lebten von kleinen Renten oder Erwerbsminderungsrente, 14 Prozent erhielten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Wer an die Tafeltüren klopft, hängt von den Krisen der Zeit ab. Nach Beginn des Ukrainekrieges stellten Geflüchtete aus der Ukraine zeitweise bis zu 80 Prozent der Kund*innen. Inzwischen liegt ihr Anteil bei etwa 40 Prozent. Dabei engagieren sich rund 9.000 ehrenamtliche Helfer*innen in den Tafeln.

Was hilft älteren Menschen zur Tafel zu kommen?

Die Zahl der Menschen, die im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind, steigt seit 20 Jahren leicht. Ob ältere Menschen jedoch den Weg zur Tafel finden, entscheidet nach meiner Erfahrung der Ort. Eine Tafel mit geschütztem Sitzbereich macht den Besuch leichter als eine lange Schlange auf dem Bürgersteig. Meine Vorstellung von einer idealen Tafel wäre daher: zentral gelegen, nahe an Bahnhof und ÖPNV, mit freundlichen Räumen, einem Wartebereich, der vor Blicken, Sonne und Regen schützt, und langen Öffnungszeiten, damit alle frei entscheiden können, wann sie kommen.

Können die Tafeln den Anspruch auf gesunde Ernährung einlösen?

Der Einzelhandel gibt weniger Ware ab als früher. Deshalb richten die Tafeln den Blick seit rund zweieinhalb Jahren auf die Hersteller. Dort landen 14 bis 15 Prozent der Lebensmittel in der Tonne, im lokalen Einzelhandel sind es etwa 7 Prozent, Tendenz sinkend.


© Tafel Deutschland e.V. | Nikolaus Urban

In der Allianz für Lebensmittelrettung arbeiten die Tafeln bundesweit mit der Spedition Dachser zusammen. Brot, Backwaren, Obst und Gemüse sollten in keiner Tafel fehlen. Maßstab ist für uns der Wunsch der Kund*innen. Die Tafeln wollen keine Ernährungspädagogen sein.

Was macht die Tafeln zu einem Ort der Begegnung?

Von Armut betroffene Menschen sind häufiger sozial isoliert. Das zeigt sich vor allem bei Migrant*innen oder älteren Menschen. Tafeln können Orte der Begegnung sein, wenn der Raum es zulässt. Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Ländern, die sich sonst nie begegnen würden, tauschen Tipps aus. Manchmal entstehen Bekanntschaften und Freundschaften. Für mich bräuchte es hier weitere Orte, die Begegnung ermöglichen: Mehrgenerationenhäuser, Anlaufstellen in den Quartieren und Vesperkirchen, die Menschen aus verschiedenen Lebenslagen an einen Tisch bringen.

Was müsste sich politisch ändern, damit die Tafeln eines Tages nicht mehr gebraucht werden?

Ich wünsche mir, dass das Land die vorhandenen Netzwerke stärkt und regelmäßige Austauschformate schafft zwischen Tafeln, Politik und Sozialverbänden. Beteiligt sein sollten das Sozialministerium, das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung, Lebensmittelproduzenten sowie Gemeindetag und Städtetag. Ziel ist, vorhandene Ressourcen gemeinsam zu nutzen und die Ernährungssituation von Menschen mit wenig Geld zu verbessern. Und ich lade alle, die noch nie eine Tafel besucht haben, zum Hingehen, Zuhören und Mitmachen ein. Die Tafeln sind zu Recht stolz auf das, was sie leisten, und erzählen gern.

Die Fragen stellte Sabine Wild.

231.000
unterschiedliche Personen (Erwachsene und Kinder) nutzten die 147 Tafeln

Davon

54 %
Erwachsene im Alter von 18 bis 63 Jahren

17 %
Kinder

29 %
Senioren

Einkommen der Haushalte

50 %
Bezug von Grundsicherung

18 %
Renten oder Erwerbsminderungsrente

14 %
Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz


© Tafel Singen e.V. | Robert Lahmer

Udo Engelhardt ist seit 1999 Vorsitzender der Singener Tafel e. V. sowie seit 2011 Mitglied im Vorstand des Landesverbands der Tafeln in Baden-Württemberg.

https://www.tafel-singen.de
https://tafelbw.de/


© privat

KONTAKT
Udo Engelhardt
Vorsitzender
Tafel Singen
Heinrich-Weber-Platz 2
78224 Singen / Htwl.
Telefon 07731 183310
info@tafel-singen.de
https://www.tafel-singen.de

Wenn der Weg in Arbeit mit Bewegung beginnt

Wie beneFit aus Freiburg Sportangebote als Mittel gegen Armut und Ausgrenzung ermöglicht

Armut ist mehr als ein geringes Einkommen. Sie schränkt gesellschaftliche Teilhabe ein, verstärkt soziale Isolation und belastet die Gesundheit. Doch wo klassische Unterstützungsangebote scheitern, können ungewöhnliche Wege funktionieren – wie die Kombination von Sport und beruflicher Perspektiventwicklung zeigt.

Von Miriam Kahrmann

Der Freiburger Verein beneFit e. V. arbeitet seit 2022 an der Schnittstelle von Sport und Sozialem. Sein Ansatz: Kostengünstige, niedrigschwellige und inklusive Bewegungsangebote schaffen Räume für Begegnung und Zugehörigkeit. Für Menschen, die durch klassische Unterstützungsstrukturen nur schwer erreichbar sind, wird Sport so zum ersten Zugang – nicht nur zu Gesundheit und Gemeinschaft, sondern auch zu gesellschaftlicher Teilhabe. Das ist bemerkenswert, weil es einen grundlegenden Paradigmenwechsel bedeutet: Nicht Defizite werden bearbeitet, sondern Fähigkeiten entdeckt. Nicht Abhängigkeit wird verwaltet, sondern Selbstwirksamkeit wird erlebt.

Von der Sportgruppe zum Arbeitsmarkt: Das Projekt PerspektivenWechsel

Das Projekt „PerspektivenWechsel“ verbindet diese Erkenntnis mit konkreten Arbeitsmarktperspektiven. Es richtet sich an langzeitarbeitslose und arbeitsmarktferne Menschen mit psychosozialen Belastungen – einer Gruppe, für die der direkte Weg in Beschäftigung oft unmöglich wirkt. Das Konzept funktioniert in zwei Schritten: Zunächst schaffen sportbasierte Gemeinschaft und individuelle Begleitung ein stabiles Fundament. Darauf aufbauend werden passende nächste Schritte entwickelt – entlang der eigenen Interessen, Fähigkeiten und Lebenssituation, nicht entlang standardisierter Maßnahmen.

beneFit e. V.

Der Freiburger Verein beneFit e. V. bietet Menschen in schwierigen Lebenssituationen niedrigschwellige Sport- und Bewegungsangebote, soziale Einzelhilfe und kostenloses Equipment. Durch partizipative Angebote und gesellschaftliche Sportevents schafft beneFit Begegnungen, die verbinden und Inklusion ermöglichen.



© beneFit e.V. | Faye Schicht



© beneFit e.V. | Faye Schicht

Ehrenamt als Entwicklungsraum: Von der Teilnahme zur Gestaltung

Teilnehmende werden zu Gestalter*innen. Im Ehrenamt können sie eigene Interessen einbringen, neue Rollen ausprobieren und Verantwortung übernehmen. Die Praxis zeigt Ergebnisse: Teilnehmende leiteten Tangokurse, gründeten eine Selbsthilfegruppe, initiierten ein Meno-Café, assistierten im Schwimmkurs oder unterstützten einen Fußballtraining. Das ist mehr als Freizeitgestaltung – es ist ein Lern- und Erprobungsraum, in dem Menschen ihre Fähigkeiten entdecken und erleben, dass sie etwas können und bewirken können. 2027 will beneFit e.V. diese Möglichkeiten gezielt ausbauen. Das Ziel: Ehrenamt als Brücke nutzen – nicht als Selbstzweck, sondern als Weg zu neuen Perspektiven für Qualifizierung und Beschäftigung.

Lösungspotenzial für breiter angelegte Strategien

Für die Arbeitsmarktintegration von armutsbetroffenen Menschen könnte dieser Ansatz eine Vorlage sein: Statt direkte berufliche Maßnahmen, erst Stabilisierung. Statt Defizitfokus, Ressourcenorientierung. Statt Abhängigkeit von Systemen, Erfahrung von Gestaltungskraft. Das ist kein Allheilmittel – aber es ist ein Lösungsmodell für Menschen, bei denen traditionelle Wege nicht funktionieren. Und das sind in Zeiten wachsender Armut und psychosozialer Belastungen immer mehr.



© beneFit e.V. | Faye Schicht

KONTAKT

Lukas Oettle
Mit-Gründer und Geschäftsführender Vorstand
Telefon 01522 4093510
info@benefit-bewegung.de

beneFit e.V.
Rehlingstraße 9
79100 Freiburg
https://benefit-bewegung.de

ARMUT ist kein Schicksal, sondern das Ergebnis von Strukturen. Diese können mit dem nötigen Willen und Mut verändert werden: durch bezahlbares Wohnen, existenzsichernde Arbeit, Unterstützung von Familien und pflegenden Angehörigen, chancengerechte und frühe Bildung und Angebote, die Menschen wirklich erreichen. Dafür braucht es Zusammenhalt und die Bereitschaft der Politik, Verantwortung zu übernehmen - gemeinsam mit Kommunen, Wohlfahrtspflege und Betroffenen. Denn wo Teilhabe gelingt, wird die Demokratie gestärkt.

Unser **DANK** gilt allen Mitwirkenden und jenen, die sich über die Arbeit in den Einrichtungen und Organisationen hinaus tagtäglich mit Kraft, Mut und Zuversicht für ein gutes gesellschaftliches Miteinander und gegen Armut einsetzen.

Bereich Jugend und Bildung

Wie die Offene Kinder- und Jugendarbeit Armutsfolgen entgegenwirkt

Wachsen Kinder und Jugendliche in Armut auf, hat das weitreichende Folgen: hohe psychische Belastung, soziale Ausgrenzung, geringe Selbstwirksamkeit und verringerte Bildungschancen. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) wirkt diesen Folgen struktureller Benachteiligung auf mehreren Ebenen entgegen. Was ist das Besondere an der Arbeitsweise?

Von Lisa Rühl



© Der Paritätische BW

Niedrigschwelligkeit schafft Zugang

Ein zentrales Element ist die Niedrigschwelligkeit der Angebote. Viele von Armut betroffene junge Menschen nutzen formelle Unterstützungsstrukturen nicht. Die OKJA erreicht sie hingegen in ihrem Sozialraum. Durch freiwillige und meist kostenfreie Angebote gelingt es, Hemmschwellen abzubauen und Vertrauen aufzubauen.

Partizipation stärkt Selbstwirksamkeit

Von Armut betroffene junge Menschen machen häufig die Erfahrung, dass ihre Meinungen ignoriert werden. In der OKJA erleben sie Mit- und Selbstbestimmung und werden als aktive Gestalter*innen ihrer Lebenswelt wahrgenommen. Das stärkt ihre Handlungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit. Dieses Erleben motiviert, den eigenen Lebensweg aktiv zu gestalten. Wer sich als handlungsfähig erlebt, entwickelt Resilienz gegen die psychischen Belastungen der Armut.

Informelles Lernen eröffnet Chancen

Durch Medienprojekte, Kreativwerkstätten und individuelle Förderung vermittelt die OKJA nicht nur soziale, sondern auch fachliche Kompetenzen. Sie leistet eine Beitrag zu Chancengleichheit und wirkt Bildungsungleichheiten jenseits der schulischen Bildung entgegen.

Vernetzung wirkt präventiv

Armut ist ein strukturelles Problem, das eine arbeitsbereichsübergreifende Herangehensweise erfordert. Die OKJA arbeitet daher eng mit Schulen, Sozialdiensten und Beratungsstellen zusammen. So entstehen Präventionsketten, die frühzeitig unterstützen und langfristig stabilisieren. Gleichzeitig fördert sie durch gemeinsame Projekte den Austausch zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und wirkt der gesellschaftlichen Spaltung entgegen.

Prävention durch Zugehörigkeit

Nicht zuletzt hat die OKJA eine präventive Wirkung gegen Einsamkeit, Delinquenz und Suchtverhalten. Indem sie Räume der Zugehörigkeit schafft, stärkt sie das soziale Netz der Jugendlichen und reduziert Risikofaktoren.

Ein infrastrukturelles Muss

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit muss als wichtiger infrastruktureller Bestandteil im Sozialraum für ein gelingendes Aufwachsen junger Menschen nachhaltig gefördert werden. Sie ist keine Freiwilligkeitsleistung, sondern eine kommunale Verpflichtung. Das ergibt sich aus gesetzlichen Vorgaben und aus dem moralischen Kodex einer Gesellschaft, die Armut nicht hinnehmen will.



© Der Paritätische BW

KONTAKT
Lisa Rühl
Bildungsreferentin für das Paritätisches Jugendwerk und das Referat Mädchen Bereich Jugend und Bildung
Mobil 0711 2155-204
ruehl@paritaet-bw.de
Der Paritätische Baden-Württemberg
Hauptstraße 28, 70563 Stuttgart
https://www.paritaet-bw.de

Aus der Werkstatt Parität

Geflüchtete in Arbeit und Ausbildung

Das Projekt **„NIFA-plus – Netzwerk zur beruflichen Teilhabe von Geflüchteten“** startete im Oktober in eine zweijährige Verlängerung. Damit kann der überregionale Projektverbund seine Arbeit mit leicht veränderter Zusammensetzung weiterführen und die Ziele im Bereich der Arbeitsmarktintegration Geflüchteter konsequent weiterverfolgen.

Das Projekt **„Way2Grow – Inklusions-wegen für junge Geflüchtete am Übergang Schule-Beruf“** baut seit August Brücken für junge Geflüchtete mit (vermuteter) Behinderung am Übergang Schule-Beruf. Gemeinsam mit miteinanderleben, WABE und dem REHA-Verein im Landkreis Esslingen werden Angebote verknüpft, Zugänge verbessert und nachhaltige Strukturen geschaffen.

Beide Projekte werden im Rahmen des Programms „WIR – Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt“ durch das BMAS und die EU über den ESF Plus gefördert.

Weitere Infos: https://www.werkstatt-paritaet-bw.de/projekte

Aus den Regionen

Regionalverbund Bodensee-Oberschwaben

Kräfte in der Jugendhilfe werden gebündelt

Die Mitgliederversammlungen des Linzgau Kinder- und Jugendhilfe e.V. mit Sitz in Überlingen und des Vereins „man müsste lebensräume hinterlassen können e.V.“ (genannt: Furtmühle) in Pfullendorf haben Ende Juli die Verschmelzung der beiden Mitgliedseinrichtungen des Paritätischen beschlossen. Ende September erfolgte die Eintragung in das Vereinsregister, so dass die „Furtmühle“ nun Teil des „Linzgau“ ist.

Evamaria Höffer und Andreas Geipel, die bisherigen Vorstände der „Furtmühle“, übergaben den Staffelstab an Roland Berner, Vorstand des „Linzgau“ und an seinen designierten Nachfolger Ludwig Stützle, mit den Worten: „Wir übergeben Ihnen hiermit diesen Lebensraum und damit auch die Ideen der Gründer und die Grundprinzipien unseres Vereins, die Arbeit mit den Tieren, mit der Natur zum Wohle der Kinder und Jugendlichen“.


© Der Paritätische BW

Für Roland Berner übernimmt die „Furtmühle“ eine wichtige Brückenfunktion zwischen dem Landkreis Sigmaringen und dem Bodenseekreis. Sie stärkt die regionale Vernetzung der Kinder- und Jugendhilfe über die Kreisgrenzen hinweg unter dem Dach des Paritätischen und im Regionalverbund Bodensee-Oberschwaben“. Das „Linzgau“ feierte im vergangenen Jahr sein 60-jähriges Vereinsjubiläum und ist mit seinen vielfältigen Angeboten an mehreren Standorten in der Bodenseeregion von Lindau bis Radolfzell und von Konstanz bis Pfullendorf vertreten.

Kreisverband Heidelberg / Rhein-Neckar-Odenwald

Heidelberger Aktionstage gegen Armut und Ausgrenzung

Die Unter dem Motto **„ChancenREICHtum für ALLE! Armut kennt kein Alter“** setzten sich Heidelbergs soziale Organisationen erneut mit klaren Forderungen auseinander. Ein buntes Programm aus Politik, Sozialarbeit und Kultur machte deutlich: Armut ist kein individuelles Schicksal – sie ist eine politische Aufgabe.

Der Paritätische Kreisverband Heidelberg / Rhein-Neckar-Odenwald prägte die Aktionstage mit drei prägnanten Beiträgen: Ein politisches Abendgespräch der Liga Heidelberg thematisierte die unterschätzte Kinderarmut, eine Lesung mit Autor Christian Baron (in Kooperation mit dem DGB Kreisverband Heidelberg) brachte persönliche Erfahrungen zur Sprache, und die Show des Improtheaters DRAMAlight verhandelte die Themen künstlerisch.

Das „Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung“ vereint 57 soziale Organisationen in einem breiten Netzwerk. Sie setzen sich gemeinsam für einen besseren Sozialstaat ein – über ihre Einzelinteressen hinaus. Betroffene, Hauptamtliche und Ehrenamtliche planen die Veranstaltungen gleichberechtigt und orientieren sich dabei an klaren Zielen: Soziale Infrastruktur stärken, Armut und Ausgrenzung bekämpfen, die Region zusammenbringen.

https://paritaet-bw.de/verband/mitglieder-und-regionen/regionalverbuende/regionalverbund-bodensee-oberschwaben/regio-news/jugendhilfe-buendelt-kraefte-furtmuehle-und-linzgau-kinder-und-jugendhilfe-schliessen-sich-zusammen

Maßnahmen zur Haftungsreduzierung im Verein:
Business Judgment Rule (BJR) und gesetzliche Haftungsprivilegierung



Die Business Judgment Rule (auf Deutsch etwa: Unternehmerisches Ermessensprinzip) bietet Vereinsvorständen eine wichtige Orientierung bei unternehmerischen Entscheidungen und prognostischen Risiken. Für den e.V. ist sie jedoch nicht direkt gesetzlich geregelt, sondern findet über den aktienrechtlichen Rechtsgedanken entsprechende Anwendung. Die BJR schützt den Vorstand bei unternehmerischem Ermessen, setzt jedoch voraus, dass die Entscheidung auf Basis angemessener Informationen und zum Wohl des Vereins getroffen wurde.

Von Dr. Steffi Hunnius

Von der BJR streng zu trennen sind die gesetzlichen Haftungsprivilegien der §§ 31, 31a und 31b BGB. Während § 31 BGB die Außenhaftung des Vereins für seine Organe regelt, beschränken die §§ 31a und 31b BGB die persönliche Innenhaftung ehrenamtlich oder gering vergüteter Organmitglieder grundsätzlich auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

Anwendbarkeit und Maßstab der Business Judgment Rule im Verein

Für den eingetragenen Verein gilt die aktienrechtliche Regelung der Business Judgment Rule (§ 93 Abs. 1 Satz 2 AktG) ebenso wie die stiftungsrechtliche Entsprechung (§ 84a BGB) nicht unmittelbar, ihre Kriterien bieten jedoch eine maßgebliche Orientierung für den Vorstand. Der Vorstand handelt danach nicht pflichtwidrig, wenn er bei einer unternehmerischen Entscheidung vernünftigerweise annehmen durfte, auf Basis angemessener Informationen zum Wohl des Vereins zu handeln. Maßgeblich ist stets die Ex-ante-Sicht im Zeitpunkt der Entscheidung, nicht der spätere wirtschaftliche Erfolg.

Abgrenzung: Business Judgment Rule und Haftungsprivilegien (§§ 31, 31a, 31b BGB)

Es muss zwischen der materiellen Beurteilung von unternehmerischen Entscheidungen (BJR) und den persönlichen Haftungsprivilegien der §§ 31, 31a, 31b BGB unterschieden werden:

§ 31 BGB: Regelt die Zurechnung von Verfehlungen von Organen gegenüber Dritten (Außenhaftung des Vereins) und begründet weder einen persönlichen Haftungsschutz noch eine Business Judgment Rule.

§ 31a und § 31b BGB: Beschränken die Innenhaftung von ehrenamtlichen oder gering vergüteten Vorstandsmitgliedern (bis zu 3.300 Euro jährlich) bzw. von Vereinsmitgliedern mit übertragenen Aufgaben gegenüber dem Verein grundsätzlich auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

Während die BJR prüft, ob überhaupt eine Pflichtverletzung vorliegt (fehlende Sorgfalt bei der Entscheidungsfindung), greifen die Haftungsprivilegien der §§ 31a, 31b BGB auf Ebene des Verschuldens ein. Handelt ein Vorstand grob fahrlässig oder vorsätzlich – etwa weil er elementare Informationspflichten oder klare Satzungsvorgaben missachtet –, greift die Haftungsprivilegierung nicht ein. Die Beweislast für das Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit trägt dabei der Verein.

Dokumentation als Exkulpationsgrundlage

Zur Minimierung von Haftungsrisiken empfiehlt sich eine lückenlose Dokumentation wichtiger Entscheidungen. Eine solche Dokumentation dient im Streitfall als wesentliches Indiz dafür, dass der Vorstand die Grenzen seines unternehmerischen Ermessens gewahrt und sorgfältig im Vereinsinteresse gehandelt hat.

Den ausführlichen Artikel finden Sie auf unserer Homepage unter Haftungsrisiken minimieren: Die Business Judgment Rule im Verein / Paritätischer Landesverband Baden-Württemberg Mitgliederportal

https://mitglieder.paritaet-bw.de/leistungen-und-services/fachinformationen/haftungsrisiken-minimieren-die-business-judgment-rule-im-verein



KONTAKT
Dr. Steffi Hunnius
Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin), Mitgliederberatung
Telefon 0711 2155-205
hunnius@paritaet-bw.de

Der Paritätische Baden-Württemberg
https://paritaet-bw.de/leistungen-und-services/bereiche/recht

© Der Paritätische BW

Illustration © Adobe Stock, Optima GFX



Ihr Interessenvertreter in allen Versicherungsangelegenheiten der Sozialwirtschaft

Wir analysieren den individuellen Absicherungsbedarf Ihrer Einrichtung, kaufen den dafür notwendigen Versicherungsschutz zu besten Bedingungen ein und sind auch an Ihrer Seite, wenn ein Schaden eingetreten ist.

Partner des Paritätischen Baden-Württemberg

- ✓ Versicherungs- und Risikoberatung
- ✓ Versicherungseinkauf
- ✓ Vertragsbetreuung

UNION Versicherungsdienst GmbH
Ecclesiastraße 1 – 4 • 32758 Detmold
Telefon +49 5231 603-0 • info@union-paritaet.de
www.union-paritaet.de

Ein Unternehmen
des Paritätischen
DER PARITÄTISCHE

UNION
VERSICHERUNGSDIENST


ADJU
VARIS
Für die Guten
das Beste geben.
Multidisziplinärer Feinschliff für
Unternehmen der Sozialwirtschaft
Wirtschaftsprüfung Steuerberatung Rechtsberatung
www.adjuvaris.de